

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Die Kandidatur der WASG in Baden-Württemberg: Wächst was? Und zusammen? – Seite 4**
- **Lateinamerika sagt „Nein“ zur Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) – Seite 8**
- **Aufruf zu Protesten gegen die Nato-Militärtagung am 3./4. Februar 2006 in München – Seite 12**
- **Interview zum Streik an der Heidelberger Universitätsklinik: „Richtig stärker geworden durch guten Erfolg“ – Seite 15**
- **60 Jahre nach Nürnberg oder was machen die einstigen Kriegsverbrecher eigentlich heute so? – Seite 19**

Ausgabe Nr. 24 am 1. Dezember 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

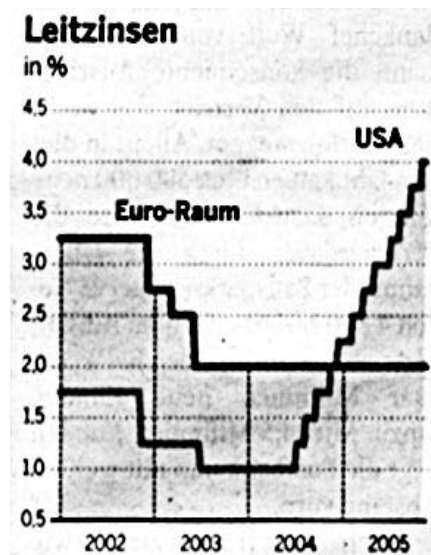
Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

EZB kündigt Zinsanhebung an

Handelsblatt, 21.11. rül. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, hat für Anfang Dezember eine Anhebung der Leitzinsen der EZB angekündigt. Allgemein wird damit gerechnet, dass die EZB ihren Leitzins zum 1. Dezember um 0,25 Prozent auf dann 2,25 Prozent anhebt. Weitere Zinsanhebungen sind nicht ausgeschlossen, heißt es. Ab 1. Dezember müssten damit Banken für Geld, das sie bei der EZB leihen (Tagegelder, Diskontkredite u.ä.) ein Viertel Prozent mehr zahlen als bisher. Diese steigenden Kosten, so wird angenommen und von der EZB auch erhofft, werden von den Banken weitergegeben an ihre Kreditkunden – mit der Folge, dass die Zinsen allgemein wieder etwas anziehen. Die Zinsen für z.B. Baukredite, Bundesanleihen usw. sind seit längerem auf einem außerordentlich niedrigen Niveau – von Zinsen auf Sparbücher ganz zu schweigen.



Die US-Zentralbank Fed hatte, wie das Schaubild zeigt, ihre Zinsen seit Sommer 2004 kontinuierlich von damals 1 Prozent auf inzwischen 4 Prozent angehoben. Ziel der Fed ist, den Preisanstieg in den USA zu bremsen. Insbesondere die Preise für Wohnungen, Immobilien und Grundstücke sind dort so stark gestiegen, dass verschiedentlich schon vor einer „Immobilienblase“ gewarnt wird. Der Anstieg der US-Zinsen soll diesen Preisanstieg bremsen und außerdem sicherstellen, dass US-Staatsschuldspapiere weiterhin weltweit als sichere Anlage mit guter Rendite gekauft werden. Durch diesen Kapitalimport bleibt auch der Kurs des Dollars hoch.

An der jetzt angekündigten Zinsanhebung der EZB gibt es zwar hier und da Kritik, weil damit auch die Zinskosten für die Staatsschuld wieder steigen. Die Lautstärke dieser Kritik ist aber begrenzt. Erstens ist unübersehbar, dass

die Teuerungsrate in der EU leicht anzieht. Dem soll der Zinsanstieg entgegen wirken. Zweitens sichern steigende Zinsen den Absatz neuer Staatsschuldspapiere der europäischen Regierungen. Der neuen Bundesregierung passierte vor wenigen Tagen zum ersten Mal seit vielen Jahren, dass sie eine mehrere Milliarden Euro umfassende Staatsanleihe nicht vollständig am Markt absetzen konnte, weil die auf die Anleihe zugesagten Zinsen zu gering waren. Drittens soll der Kurs des Euro hoch bleiben, um die Preise für importierte Rohstoffe niedrig zu halten. Angesichts des weltweiten Anstiegs der Rohstoffpreise hat die Industrie ein starkes Interesse, auf diesem Weg wenigstens einen Teil dieses Preisanstiegs abzufangen. Das zusammen dürfte dazu führen, dass die Kritik an der Zinsanhebung durch die EZB leise bleibt. Bundesbankpräsident Weber hat angekündigt, angesichts der weltweit vagabundierenden Überschussliquidität würden die Zentralbanken auch in Zukunft versuchen, die Zinsen nach oben zu drücken.

Integration statt Ausgrenzung – Gerechtigkeit statt Almosen

www.bagw.de, 21.11. alk. Auf ihrer Jahrestagung berichtete die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe über die Entwicklung der Obdachlosigkeit und erhob Forderungen an die Bundesregierung. Die Gesamtzahl der Wohnungslosen in Deutschland ging zwar von 2003 auf 2004 um 8% zurück; die Zahl der alleinstehenden Wohnungslosen stieg allerdings leicht an (0,7%): von 143.000 auf 144.000. Durch Hartz IV und allgemein sinkende Einkommen erwartet die BAG W für 2006 einen erneuten Anstieg.

Die BAG W fordert von der neuen Bundesregierung die Novellierung von Hartz IV und der Sozialhilfe. Nach einem Jahr Hartz IV haben sich die Befürchtungen der BAG W leider bestätigt: Erwerbsfähige Wohnungslose in Heimen werden nach sechs Monaten von Rechtsansprüchen des SGB II ausgeschlossen, die Präventionsregelungen zur Verhinderung von Wohnungsverlust haben sich verschlechtert und Unklarheiten im Bereich der Wohnungslosen ohne eigene Meldeadresse führen zu Zuständigkeitsproblemen. Außerdem müsse die Arbeitsvermittlung für wohnungslose Menschen neu geregelt werden: durch Zuständigkeitskonflikt sei in vielen Bundesländern diese wichtige Hilfe weggebrochen. Schließlich habe das Gesundheitsmodernisierungsgesetz die medizinische Versorgung für Wohnungslose weiter erschwert. Zuzahlungen und Praxisgebühren für Sozialhilfebezieher und -bezieherinnen sollten wieder entfallen.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

12 Jahre PKK-Verbot

Azadi, 24.11. alk. Aus Anlass des seit 12 Jahren geltenden PKK-Verbots erinnerten kurdische Vereine, Kurdistan-solidaritätsgruppen und Einzelpersonen, dass auf Grundlage dieses Betätigungsverbotes noch immer eine beträchtliche Verfolgung stattfindet. Am 26. November 1993 erließ Bundesinnenminister Kanther ein Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK). Zunehmend dient das PKK-Verbot, dessen Wirksamkeit mittlerweile durchaus auch von deutschen Mehrheitsparlamentariern, Richtern und Verfassungsschützern in Frage gestellt wird, als innen- und außenpolitisches Spielgeld.

So diene die Verhaftung von Remzi Kartal, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kongra-GEL und ehemaligem DEP-Abgeordneten, am 24. Januar dieses Jahres aufgrund eines türkischen Auslieferungsersuchens, deutlich sichtbar dem Zweck, die negative Haltung der türkischen Regierung in der Zypernfrage im Vorfeld der EU-Beitrittsverhandlungen günstig zu beeinflussen. Wahlkampfpassend verbot Otto Schily am 5. September kurdische Presseorgane. Wegen ihrer politischen oder kulturellen Betätigung im Rahmen der kurdischen Demokratiebewegung in Vergangenheit und Gegenwart sehen sich Kurdinnen und Kurden zunehmend mit der Tatsache konfrontiert, dass ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft oder der Asylstatus aberkannt wird oder sie trotz immer noch drohender Gefahren für Leib und Leben in die Türkei abgeschoben werden. Weil es seit Jahren nicht die geringsten Anhaltspunkte für terroristische Aktivitäten der verbotenen kurdischen Organisationen in Deutschland gibt, wurde von der BAW und dem BKA ersatzweise ein Katalog von Straftaten zum Beweis einer kriminellen Vereinigung geschaffen. Doch auch damit ist man mittlerweile in Beweisnot geraten. Immer häufiger wird eine mögliche zukünftige Gefährdung anstelle von realen Straftaten postuliert.

Die bei den Kurdenprozessen praktisch fehlende deutsche Gerichts- und Medienöffentlichkeit erleichtert ein solches Verfahren.

Mit der fortdauernden Repression gegen die kurdische Bevölkerung in Deutschland wird offensichtlich das Ziel verfolgt, eine unabhängige emanzipative Bewegung zu zerschlagen. Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, dieses undemokratische Vorgehen zu missbilligen und die politisch Verantwortlichen aufzufordern, sich einem Dialog nicht weiter zu verweigern und die veränderten Realitäten anzuerkennen.

Die kurdische Bewegung hat durch ihre jahrelangen Bemühungen um eine friedlich-politische Lösung der Kon-



Ein böses Geschenk

Faz. 12.11. maf. Israel wird, so registriert die FAZ, zwei neue U-Boote aus der BRD erhalten, ein Drittel der Kosten, 333 Millionen Euro, wird die Bundesregierung übernehmen. — Wie wir im April berichteten, liefert die BRD neue U-Boote mit Brennstoffzellentechnik nach China, was die U-Boot-Abwehr sogar der USA vor erhebliche Ortungsprobleme stellen und die See- und Lufthoheit der US-Flugzeugträger am Brennpunkt Taiwan gefährden wird. Die U-Boote für Israel nun sollen mit Anlagen für den Abschuss von Raketen und Marschflugkörpern ausgerüstet sein. Durch diese Lieferung dehnt sich die Reichweite israelischer Lenkflugwaffen schlagartig aus. Dem bedrängten Land mag das als Zugewinn an Stärke erscheinen. Tatsächlich wird eine solche Rüstungspolitik mit der Zahl der potentiell für Schläge erreichbaren Staaten auch die Zahl derer vermehren, die Israel als Feind sehen. Geht dieses böse Geschenk auf die Politik der alten oder die der neuen Regierung zurück? Wahrscheinlich waren sie sich hierin einfach einig.

flikte erhebliche Vorleistungen erbracht. Deshalb ist es dringend an der Zeit, das PKK-Verbot aufzuheben und die politische Betätigung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland zu legitimieren. Zu fordern ist ebenso die Entfernung von PKK und Kongra-GEL von der EU-Terrorliste.

Deutsch auf dem Vormarsch

Die Presse, 29.11. scc. Laut der jüngsten Umfrage der EU-Kommission kann sich ungefähr die Hälfte der Bevölkerung in der EU in mindestens einer Fremdsprache verständigen, bei den 15- bis 24-Jährigen sind es zwei Drittel, bei den über 55-Jährigen ein Drittel. Die EU-Osterweiterung hat dabei das Gewicht der Sprachen verschoben. Englisch bleibt zwar „Spitze“, ein Drittel der EU-Bevölkerung mit einer anderen Muttersprache versteht auch Englisch. Auf Platz zwei folgt mit 12% Deutsch, gefolgt von Französisch mit 11%. In den neuen Mitgliedsländern sprechen 20% Deutsch als Fremdsprache, aber nur 3% Französisch.

Weichenstellung für beschleunigte Militarisierung

NZZ, 22.11. scc. Die Militarisierung der EU, die im EU-Verfassungsvertrag festgeschrieben ist und für die Linke ausschlaggebend für die Ablehnung dieses Vertrags war, entwickelt sich ungeachtet des Scheiterns des Vertragswerks, jedoch weitgehend jenseits aller Öffentlichkeit und Kritik. Einer der Hauptkritikpunkte war die Europäische Rüs-

tungsagentur (EDA). Die wurde indes längst, nämlich im Sommer 2004, gegründet, und ihre Tätigkeit hatte nun zum Ergebnis, dass die EU-Verteidigungsminister auf ihrer jüngsten Sitzung vereinbarten, die militärischen Beschaffungen auf freiwilliger Basis ab einem Schwellenwert von 1 Mio. Euro EU-weit auszuschreiben. Die Öffnung des Marktes für Rüstungsgüter wird durch die EDA moderiert und überwacht. Beteiligen werden sich 23 Mitgliedstaaten, Dänemark nicht, Spanien zögert noch. Ausgenommen sind derzeit noch nukleare, chemische und Bio-Waffen, Verschlüsselungstechnologie und Gemeinschaftsprogramme mit Drittstaaten. Allgemein wird angenommen, dass die Öffnung zu einem gewaltigen Boom der Rüstungsproduktion – nach Industrieangaben EU-weit derzeit 37 Mrd. Euro jährlich – und zu einer Neuordnung des Marktes führt. 2003 übertrumpften die europäischen Rüstungsexporte mit offiziell 4,7 Mrd. Euro erstmals die der USA. Schon jetzt sind unter den 50 größten Rüstungskonzernen 17 europäische Unternehmen, vier unter den größten zehn, darunter EADS auf Platz 8. Der Konzentrationsprozess schreitet voran. Derzeit konkurrieren der französische Rüstungskonzern Thales auf der einen und Thyssen-Krupp und EADS auf der anderen Seite um den Aufkauf des Bremer Marine-Ausrüsters Atlas Elektronik. EADS, hört man, spekuliert aber auch auf die Übernahme von Thales, dem derzeit weltweit siebtgrößten Rüstungskonzern.

Zusammenstellung: alk

Wächst was? Und zusammen?

Am 26.3.2005 sind Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt angesetzt sowie in Hessen die Kommunalwahl. Im folgenden Überlegungen anlässlich der Beteiligung der WASG an den Landtagswahlen in Baden Württemberg.

Das Wahlrecht fordert, dass in allen 70 Wahlkreisen Kandidatinnen bzw. Kandidaten aufgestellt werden, was voraussetzt, dass die Partei in jedem Wahlkreis mindestens drei Mitglieder hat. Danach müssen im Wahlkreis jeweils 150 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Die Linkspartei.PDS Baden-Württemberg ist unter diesen Voraussetzungen nicht zu einer flächendeckenden Kandidatur in der Lage. Würde sie antreten, wäre das rein symbolisch, und es ist aus vielen Erfahrungen bekannt, dass die zur Wahl der Linkspartei.PDS geneigten Wählerinnen und Wähler darauf nicht viel geben. Die Linkspartei.PDS Baden-Württemberg hatte es unter diesen Bedingungen nicht schwer, das Vorhaben des Landesverbandes der WASG ihren Freunden und Mitgliedern zur Unterstützung zu empfehlen. Die Alternative einer vorgezogenen Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS in Baden-Württemberg hat

sich nicht entwickelt. Rechtliche Gründe sprachen sowieso dagegen, auch haben sich in der kurzen Zeit so weit tragfähige politische Gemeinsamkeiten noch nicht entwickelt. Also kommt es zu einer Kandidatur der WASG, die von der Linkspartei.PDS freundlich unterstützt wird. Inzwischen laufen die Aufstellungsversammlungen und die Unterschriftensammlungen (eine Übersicht liegt uns nicht vor), und der WASG-Landesvorstand hat einen ersten Entwurf zum Landtagswahlprogramm den Mitgliedern zukommen lassen. Am 20. Januar soll ein Landesparteitag der WASG den bis dahin zu diskutierenden Entwurf endgültig verabschieden. Dann etwa (genauer am 26. Januar) endet auch die Einreichungsfrist für die Wahlvorschläge in den 70 Wahlkreisen.

Risiken und Nebenwirkungen

Die Beteiligung an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und – zeitgleich – auch in Rheinland-Pfalz wird nach verschiedenen Seiten hin Wirkung entwickeln. Es wird nämlich so sein, dass die Wählerinnen und Wähler in diesen Bundesländern mit ihrem Abstimmungsverhalten vor allem die Kräfteverhältnisse zwischen Linkspartei.PDS

und WASG markieren. Das ist auch ein wichtiger Grund für das Vorhaben der WASG, die sich – jedenfalls in vielen ihrer Teile – durch die Zusammenarbeit mit der früheren PDS unterbewertet fühlt.

Was sind dann die Folgen, zum Beispiel inhaltlich: Da die WASG den Sozialismus nicht im Schilde führt, wird ihr Abschneiden im Vergleich zur Bewerbung der Linkspartei bei der Bundestagswahl zu einer Bewertung des Verhältnisses der Wähler zu dieser eher programmatischen Frage herhalten müssen.

Eine andere Folgen im Machtverhältnis zwischen den Organisationen: Sollte die WASG die Ergebnisse der Bundestagswahl tunneln, wird dies von in der PDS bereitstehenden Kräften ausgenutzt werden, um die WASG zu einem Anschluss an die Linkspartei.PDS zu zwingen, was den dringend nötigen inhaltlichen Verständigungsprozess schwer belasten würde.

Diese seltsamen Nebenwirkungen treten ein, weil die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei dadurch, dass das Projekt nun unter einem anderen Namen auftritt, für das ganze Bündel der Differenzen zwischen den beiden Parteien beansprucht werden sollen.

Da aber diese Differenzen im Wahlkampf so gut wie gar nicht thematisiert werden können, entsteht eine unter Demokratiesichtspunkten problematische Belastung dieser Wahlen.

In der Außenwirkung werden die Re-

Woher kamen die Stimmen der Linkspartei in Stuttgart?

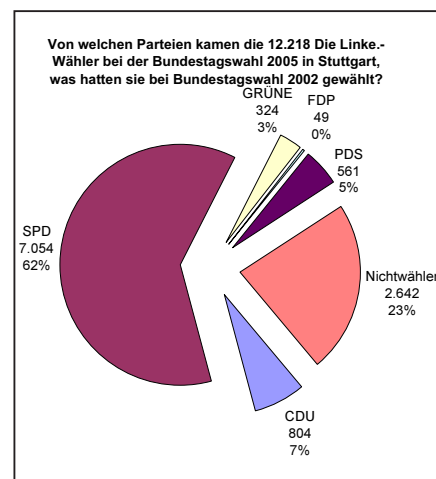
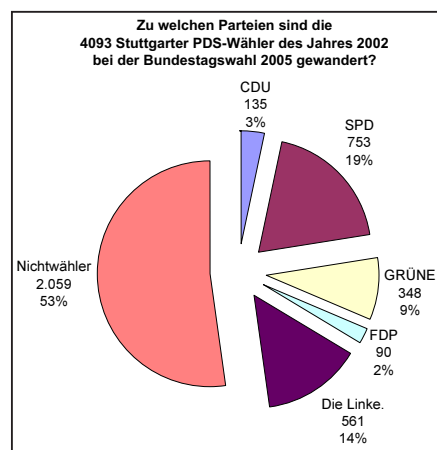
Das Statistische Amt der Stadt Stuttgart hat eine erste Analyse der Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2005 veröffentlicht, unter anderem auch eine Tabelle über die Wählerwanderungen im Vergleich mit der Bundestagswahl im Jahr 2002; daraus sind die Schaubilder von uns errechnet. Das angewandte Verfahren ist ein statistisches Verfahren, es werden die Ergebnisse in den Wahlbezirken zur Grundlage genommen und aus den Vergleichen errechnet, ob und wie viele Wählerinnen und Wähler einer

anderen Partei den Vorzug gaben. Das Verfahren (Logit-Wählerwanderungsmodell von S.R. Thomsen) gilt als einigermaßen zuverlässig und liefert bessere Ergebnisse als Umfragen; die haben das Problem, dass Nichtwähler rausfallen und unsicher ist, dass die Befragten das sagen, was sie wirklich getan haben. Die Ergebnisse sind wie stets bei Schätzverfahren nicht auf die Kommastelle genau, aber Trends und Bewegungen werden zuverlässig wiedergegeben, sagen die Statistiker.

Die längere Vorrede war nötig, weil die Ergebnisse überraschend sind.

Demnach hat die Linkspartei.PDS (in Stuttgart trat sie an mit der Bezeichnung: Die Linke.) vor allem im Wählerfeld der SPD punkten können. Über 60%, also rund 7.000 der rund 12.000 Stimmen, die Die Linke in Stuttgart an Zweitstimmen 2005 erzielte, kamen von Wählerinnen und Wählern, die 2002 noch die SPD gewählt hatten. Umgekehrt landeten von den rund 4.100 Stimmen, die die PDS bei der Wahl 2002 erhalten hatte, rund 750 diesmal bei der SPD; also insgesamt eine beträchtliche Verschiebung von der SPD zur Linkspartei. Das zweite bedeutende Reservoir, das die Linkspartei anzapfen konnte, waren die Nichtwähler: etwa 2.600, die 2002 der Wahl fern geblieben

waren, wählten diesmal Die Linke. Hier war allerdings der Wanderungsgewinn nicht ganz so positiv, wie zwischen SPD



und PDS/Linke. Denn von den 2002er PDS-Wähler blieb rund die Hälfte, also etwa 2.000 diesmal der Wahl fern.

Bei der CDU, aber auch der SPD und den Grünen und auch den Nichtwähler gibt es eine hohe Festigkeit der einmal getroffenen Entscheidung: zwischen 50 und 70 Prozent der jeweiligen Gruppentraten 2005 die gleiche Entscheidung wie 2002. Das ist bei den PDS-Wählern nicht der Fall. Nur knapp 14 Prozent der damaligen PDS-Wähler blieben bei ih-

lationen zwischen dem Landtagswahlergebnis und den jeweiligen Bundestagswahlergebnis ebenfalls bewertet. Hier geht es um die Frage, ob sie die Entwicklung der beiden zur neuen Linkspartei verfestigt oder zerfasert. Diese Frage wäre auch für die Wählerinnen und Wähler interessant, z.B. wird damit über die Durchschlagskraft der Arbeit der Bundestagsfraktion etwas entschieden.

Landespolitische Nachfragelücke?

Die Bundestagswahl wurde, das ist wohl nicht bestreitbar, vor allem durch die Dynamik der Wahlumfragen bestimmt. Die Linkspartei entstand als Produkt der Nachfrage aus der Wählerschaft. Kann eine solche Dynamik auch bei den anstehenden Landtagswahlen einsetzen? Gegenwärtig sind die Umfrageergebnisse noch sehr undeutlich, zumal anscheinend noch gar nicht nach der „WASG“ gefragt wird. Dennoch steht für den gegenwärtigen Zeitpunkt fest, dass es eine Nachfragelücke nach Art der bundespolitischen nicht gibt. Wenn sich eine solche Lücke nicht noch auftut, werden die links stehenden Wählerinnen und Wähler sich fragen, wie sie ihre Stimme mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im Landtag einsetzen. Die Wahl der WASG hätte für sie nur unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Bundespartei Sinn und unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen.

Diese beiden möglichen Motive einer Entscheidung und wählten diesmal Die Linke.

Ursachenbestimmungen aus diesen Ergebnissen sind mit aller Vorsicht vorzunehmen und spekulativ. Verallgemeinerungen auf andere Städte und Bundesländer im Westen sollten besser nicht gemacht werden. Insofern unterbleibt es auch besser, dem einen oder dem anderen Bestandteil der Linkspartei mehr oder weniger an den Stimmzuwachsen zuzuschreiben.

Es sind vermutlich verschiedene Bewegungen, die sich durchmischen. Bereits bei der Gemeinderatswahl vor etwas mehr als einem Jahr in Stuttgart war für die PDS ein Trend weg von der Alternativszene und akademischen Jugend hin zu den Bereichen der Armut feststellbar, allerdings weniger als Verlust der ersteren, sondern als stärkerer Zugewinn bei den Letzteren. Dies scheint auch für diese Wahl zuzutreffen.

Diese Bewegung wird allerdings wichtig überlagert von der Abwendung eines relevanten Teils von SPD-Wählern (und im Sog vermutlich eines Teils der Nichtwähler), was sich aber PDS und WASG nur insofern zugute schreiben können, als sie auf die erkennbare Nachfrage schnell ein entsprechendes Angebot auf den Markt brachten, eine gemeinsame Tat.

Stimmabgabe für eine deutlich unter 5% eingestufte WASG-Bewerbung müssten dazu in der Programmatik und auch in der Praxis der WASG-Landspartei gut entwickelt sein. Das ist keine Frage der Einstellung der WASG, ihres

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg

Wahlprogramm der Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (Teilentwurf vom 21.11.05. Wir dokumentieren aus der Präambel, dem Teil zu Bildung sowie zur Integrationspolitik)

Für eine solidarische Gesellschaft

Bei der Bundestagswahl in diesem Jahr wurde zum ersten Mal seit vielen Jahren eine gesamtdeutsche Linkspartei in den Bundestag gewählt. Ohne das politische Bündnis mit der WASG und deren Engagement wäre dieses Ergebnis bei der Bundestagswahl nicht möglich gewesen.

Auch in Baden Württemberg ist es höchste Zeit, dass eine Partei in den Landtag einzieht, die für Arbeit und soziale Gerechtigkeit steht und eine klare Alternative zur Politik der etablierten Parteien bietet. Die Kandidatur der WASG wird von der Linkspartei unterstützt.

Mehr Demokratie in Baden Württemberg

Die WASG tritt für einen deutlichen Ausbau von Volks- und Bürgerentscheiden ein. (...) Diese Forderungen sind auch weitgehend deckungsgleich mit der Initiative des Landesverbandes „Mehr Demokratie e.V.“ dessen Gesetzentwurf über Bürgerentscheide in Gemeinden und Landkreisen wir ausdrücklich unterstützen.

Klasse Schule statt Klassenschule

In dieser Situation fordert die WASG einen völligen Neubeginn in der Bildungspolitik, der von den Kinderkrippen, Kindergärten und Grundschulen ausgehen und die sozialen Unterschiede in den Familien ausgleichen muss. Bildung ist eine gesellschaftliche Grundaufgabe, die von allen finanziert werden muss. Sie muss für alle frei zugänglich sein und der allseitigen Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft dienen. Deshalb darf sie nicht durch Privatisierung der demokratischen Kontrolle entzogen werden, im Gegenteil müssen Eltern und Schüler mehr Mitspracherechte bekommen. Privatisierung verlagert nur Kosten auf künftige Generationen. Die Lehrerbildung bereitet zu wenig vor auf die tatsächlichen Aufgaben und muss in diesem Sinn reformiert werden.

Elternbildung muss zur wichtigsten Aufgabe der Volkshochschule in Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen werden. Eltern dürfen und müssen an Kindergärten und Schulen

guten Willens usw., sondern der gesicherten politischen Erfahrungen.

Die Wählerinnen und Wähler Liste der Linkspartei zu den Bundestagswahlen

Eine Untersuchung des Statistischen

mehr Verantwortung übernehmen.

Für Schüler muss Schule das zentrale Feld zur Einführung in Demokratie werden. Zunehmend aber müssen sie auch in die Festlegung von Unterrichtsinhalten und -methoden einbezogen werden.

Integration statt Ausgrenzung

Aus den Gastarbeitern, deren Familien und Nachkommen wurden Mitbürger, die den Alltag Baden-Württembergs durch eine Vielfalt kultureller und wirtschaftlicher Aktivität bereichern. Sie haben sich das Recht auf eine ungeschmälerte Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben erworben. Ziel der WASG ist es, dass Bürger- und Menschenrechte von allen Baden-Württembergern als Grundlage eines friedlichen, vertrauensvollen Zusammenlebens akzeptiert werden. In einer Gesellschaft religiöser Vielfalt sind Toleranz und gegenseitiges Verständnis vordringlich. Dies gilt natürlich für beide Seiten. Wir lehnen Fremdenfeindlichkeit ebenso ab wie einen religiösen Fundamentalismus, der hier eine Nebengesellschaft aufbauen will. Religionsgrundsätze dürfen Bürger- und Menschenrechte nicht einschränken, auch nicht hinsichtlich der rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau.

(...) Bilaterale Regierungsvereinbarungen, nach denen aufgrund von Werksverträgen ausländische Arbeitskräfte bis zu drei Jahre lang in Deutschland arbeiten dürfen und in dieser Zeit ihre Sozialabgaben an die Herkunftsländer abführen, müssen kritisch überprüft werden.

Die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende „Ghettobildung“, insbesondere von türkischstämmigen MitbürgerInnen, erschwert jede dauerhafte Integration in unseren Großstädten.

(...) Ein uneingeschränktes Kommunal-Wahlrecht für Gemeinde, Kreistag und Regionalversammlung, sowie ein aktives Wahlrechts bei der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg, sollte Migranten nach mindestens fünf Jahren dauerhaftem Aufenthalt zustehen.

Spätaussiedler: Der Zuzug dieser Personengruppe ist gesondert zu regeln, da die Spätaussiedler gemäß Artikel 116 GG deutsche Staatsbürger sind.

Asylanten: Die WASG fordert eine großzügige europäische Asyl-Regelung mit gerechter Verteilung der Asylberechtigten über alle EU-Ländern. Bei Abschiebungen dürfen Regeln von Menschlichkeit und Menschenwürde nicht verletzt werden.

Amtes in Stuttgart begründet die Vermutung, dass knapp ein Viertel dieser Wählerinnen und Wähler aus dem Bereich der Nichtwähler kamen, nahezu Zweidrittel sich von der SPD gelöst hatten, nur 5 Prozent hatten bereits früher die PDS gewählt, in der Größenordnung ähnlich viele, wie ehemalige CDU- oder Grünen-Wähler kamen. So wie die PDS dieses Ergebnis nicht als Entwicklung ihrer Partei ansehen kann, so wenig kann das auch die WASG. (siehe Kasten)

Im Programmwurf der WASG ...

... ein Pluspunkt ...

ist der klare Bezug auf Bürger- und Volksentscheide. Dabei ist allerdings zu sehen, dass die Partei keineswegs in der Initiative für und Unterstützung von solchen Bewegungen sich konkret einen Namen gemacht hat. So hat dieser Pluspunkt eigentlich keinen Nennwert, das generelle Bekenntnis zu Bürgerentscheiden wird mit einer Null multipliziert.

Minuspunkt Nummer 1

Obwohl die Umfragen ausweisen, dass die Gefahr einer Verfestigung der REP noch nicht vorbei ist, obwohl gerade in Baden-Württemberg eine reiche antifaschistische Tradition besteht, ist diese Aufgabe im Entwurf des Wahlprogramms nicht thematisiert.

Minuspunkt Nummer 2

Angesichts der sehr breit angelegten reaktionären Wendung der deutschen Mehrheitsgesellschaft hin zur Installation einer verbindlichen Leitkultur macht das Wahlprogramm der WASG große Einfallstore auf.

Fazit

In der Auseinandersetzung mit der Propaganda der Faschisten und gegenüber der Tendenz, durch Anwendung staatlicher Gewalt Leitkultur durchzusetzen, wird der Wahlkampf der WASG, so wie er bis jetzt angelegt ist, nicht viel bringen.

Irritierend ist die Tonlage des Entwurfs, wenn man sich z.B. nicht scheut, vollmundig von „wir werden ...“ zu reden, ohne dass auch nur in einer Sache das Problem einer wenigstens punktuellen Mehrheit und sei es mit Blick auf einen Volksentscheid, angerissen worden ist.

Nimmt man, dass das Ergebnis der Bemühungen die Resultate der Bundestagswahl weder überfliegen noch tief untergraben wird, bietet sich an, das Programm auf seine gesellschaftliche Relevanz hin abzuklopfen, d.h. auf die Sachfragen, die sich zu einer Auseinandersetzung mit Blick auf die Mittel des Volksbegehrens und der Volksabstimmung eignen. Die schul- und bildungspolitischen Vorstellungen wären entwicklungsfähig, um die hohe Hürde von einem Sechstel der Wahlberechtigten im Lande vielleicht erfolgreich zu testen.

alk, maf

Irak

Vorsichtiger Optimismus, trotz allem

In der vergangenen Woche vermeldete die Washington Post, dass die USA ab Anfang 2006 mit dem Rückzug aus dem Irak beginnen wollten; zunächst sollten, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse entgegenstünden, drei der derzeit 18 Kampfbrigaden (eine Brigade umfasst zwischen 3000 und 5000 Soldaten) abgezogen werden. Im weiteren Verlauf des Jahres 2006 wolle die US-Regierung mehrfach über Reduzierungen der Kampftruppen entscheiden. Womöglich könne die Zahl der im Irak stationierten US-Soldaten im Laufe des Jahres von derzeit 150.000 auf unter 100.000 sinken, heißt es.

Tatsächlich hat die Diskussion in den USA über die Rückholung der Truppen auch die Kreis bisher entschiedener Kriegsbefürworter erreicht. Am 17. November äußerte einer der profiliertesten Verfechter der Kriege, der Abgeordnete Murtha, in einer schriftlichen Erklärung: „Unser Militär hat alles erfüllt, was von ihm verlangt wurde. Militärisch können die USA im Irak nicht mehr erreichen. ES IST ZEIT, SIE HEIMZUHOLEN.“¹ Murtha verlangt sogar den vollständigen Abzug innerhalb von sechs Monaten.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die wachsende Kriegsmüdigkeit der US-amerikanischen Gesellschaft. Die Lügen hinter dem Krieg werden immer offensichtlicher, der militärische Sieg rückt in immer weitere Ferne, die Verluste auf Seiten der USA wachsen. Auch wegen der schmutzigen Kriegsführung – zuletzt wurde der Einsatz von Phosphor in Falludscha bekannt – gerät die US-Regierung in die Kritik. Die hohen und zunehmenden Zahlen irakischer Opfer – nach offiziellen Angaben der US-Regierung kamen in den ersten neun Monaten des Jahres 2004 täglich durchschnittlich 26 irakische Zivilisten um, diese Zahl wächst seither beständig, und seit dem 29.8.05 verlieren täglich durchschnittlich 64 Irakis ihr Leben – erschüttern der Glauben an die gerechte Sache, nämlich Frieden, Fortschritt und Demokratie für den Irak, mit der die Regierung den Krieg legitimiert.

Aber Vorsicht ist angebracht. Sämtliche Teilabzugs-Szenarien, die im Weißen Haus und im Pentagon ausgearbeitet werden, werden nicht nur von der Ersetzung amerikanischer durch irakische

Truppen abhängig gemacht. Sie basieren samt und sonders auf der Steigerung der „Airpower“, der Luftschlagkraft, der Eskalation der Bombardements, die noch mehr Tod und Verderben bringt.² Kritiker verweisen auf die Parallele zu Vietnam Anfang der 70er Jahre, nachdem Nixon Mitte 1969 seine „Guam-Doktrin“ der Vietnamisierung des Krieges verkündet hatte.

Es ist nicht leicht zu beurteilen, ob verschiedene Entwicklungen im Irak in die Pläne der USA „passen“, oder sie als Schritte zu einer Emanzipation von den Besatzungsmächten verstanden werden können. Auf einem dreitägigen Treffen, das um den 20.11. herum auf Einladung der Arabischen Liga in Kairo zustande kam und an dem 100 hochrangige Delegierte aus 16 Parteien und Gruppierungen teilnahmen, einigten sich nach heftigem Streit und trotz verbleibender Konflikte die irakische Regierung und Vertreter der sunnitischen Opposition einschließlich von Teilen des bewaffneten Widerstands, die zwar nicht offen,

aber in den Kulissen auftraten, auf eine „nationale Versöhnungskonferenz“, die Ende Februar, Anfang März im Irak stattfinden soll. In der Schlusserklärung des Treffens wird festgestellt, dass der Widerstand aller Völker gegen fremde Besetzer legitim sei, nicht jedoch Terrorismus. Die Einigung beinhaltet die Zustimmung der Regierung zu einem Zeitplan für den restlosen Abzug der fremden Truppen, allerdings nach Maßgabe des Erstarkens der irakischen Streitkräfte. Diese

öffnen sich derweil auch für frühere Offiziere der Saddam-Truppen bis zum Majorsrang. Als vertrauensbildende Maßnahmen sollen in den nächsten drei Monaten alle unschuldigen Gefangenen freigelassen und willkürliche Festnahme unterlassen werden. Die wegen Misshandlung und Folter von Gefangenen unter Beschuss geratene irakische Regierung sagte die Beendigung dieser unmenschlichen Praktiken zu.³

Am 15. Dezember finden im Irak auf der Basis der per Volksentscheid angenommenen Verfassung Parlamentswahlen statt. Wie es scheint, werden Parteien aus den vorwiegend sunnitischen Gebieten sich beteiligen. Die Gefahr des Zerfalls des Iraks scheint geringer geworden.

scc



Vergeblich versuchte die US-Regierung, die Verbreitung solcher Bilder in der Öffentlichkeit zu unterbinden.

1 Großbuchstaben im Original. Zitiert nach: Norman Solomon, Der Weg aus dem Irak, ZNet 22.11.

2 Siehe z.B. Thomas Pany, Weg vom Boden, ab in die Luft, 29.11., Telepolis

3 Schritte zur Versöhnung unter Irakern, NZZ, 22.11.

Lateinamerika sagt „Nein“ zur Amerikanischen Freihandelszone (ALCA)

„Ein anderes Amerika ist möglich“

Fast gleichzeitig zum Gipfeltreffen der Präsidenten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom 4.11. – 5.11.2005 fand das Gipfeltreffens der Völker Lateinamerikas in Mar del Plata (Argentinien) statt. Unter der Losung „Ein anderes Amerika ist möglich“ nahmen ca. 12.000 Vertreter sehr unterschiedlicher politischer und sozialer Bewegungen und Gruppen teil, u.a. die Madres de la Plaza, Teile der Konföderation der Arbeiter Argentiniens (CTA), Vertreter der Kirche, die Via Campesina, NGOs, Vertreter von Parteien, verschiedene Gruppierungen der piqueteros und autonome Gruppen. Im Rahmen des Treffens fanden 150 verschiedene Aktivitäten statt. An einer friedlichen Protestdemonstration beteiligten sich 40.000. Ausschreitungen wurden durch radikale Gruppen provoziert. Die Demonstration wurde von Adolfo Esquivel, dem Einberufer des Gipfels und Nobelpreisträgers, von Maradona und dem

nezucla und Kuba bereits Gestalt angenommen habe.

Das Treffen richtete sich gegen den Besuch des USA-Präsidenten in Argentinien und dessen Kriegspolitik im Irak und in Afghanistan.

Nationale Souveränität oder Unterordnung

Mit der Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) wurde seitens der USA ein erster Schritt zur Realisierung der Idee einer Panamerikanischen Union unter Führung der USA getan. Die NAFTA, 1994 geschaffen, ist ein Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Ziel der USA ist es, dem US-Kapital die besten Verwertungsbedingungen auf dem amerikanischen Kontinent zu verschaffen.

Mit dem Prototyp NAFTA war das Vorbild für die Schaffung einer gesamt-amerikanischen Freihandelszone (ALCA) gegeben, eines Handelsabkom-

mens neuen Typs, das nicht nur Handelsbarrieren beseitigen und „freien Handel“, sondern das ebenfalls Freizügigkeit für Patente und intellektuelles Eigentum, juristische Exterritorialität, Gleichbehandlung von Investitionen, freien Zugang zu Naturressourcen und öffentlichen Gütern (Gesundheit, Bildung, Kultur etc.) gewährleisten sollte.

Die Mitgliedsstaaten des Mercosur, besonders Brasilien, sehen die ALCA als Bedrohung ihrer nationalen Entwicklungsziele. Widerstand gegen die ALCA gibt es ebenfalls in Argentinien, das gegenwärtig Importsubstitution anstrebt und das Exporte durch flexible Wechselkurse stimulieren will. Gleichzeitig ist Argentinien bereit, bestimmte Punkte des ALCA-Vertrages zu akzeptieren, wenn dieses Entgegenkommen entsprechend kompensiert wird. Verstanden wird darunter ein gesondertes Agrarabkommen, dass Subventionen seitens der USA, der EU oder Japans einschränkt oder beseitigt. Allerdings gelang es dem Mercosur bisher nicht, geschlossen als Block aufzutreten.

Die chilenische Regierung befürwortet die Schaffung der ALCA. Niedrige Importtarife, die bei ca. 6% liegen, sind Grundlage der Handelspolitik des Landes, wobei Chile eine Reihe Verträge mit den USA, der EU und anderen Ländern abschloss. Es hat seine Ökonomie fast vollständig geöffnet und einen Freihandelsvertrag (Tratado de Libre Comercio – TLC) 2003 mit den USA abgeschlossen.

Die Länder der Andenregion (einschließlich Venezuela) sind in der so genannten Andengemeinschaft (CAN) zusammengeschlossen, die gegenwärtig einen Vertrag mit dem Mercosur aushandelt. In Bezug auf die ALCA vertre-



nordamerikanischen Ex-Richter Ramsey Clark angeführt. Präsident Chávez war der Hauptredner der Kundgebung, auf der er versprach, die Resolution des Gipfels der Völker seinen Präsidentenkollegen zur Kenntnis zu geben.

Die Resolution beinhaltete strikte Absagen an die ALCA und die TLC's, an die Militarisierung des Kontinents und die Forderung nach Beseitigung der Auslandsschulden. Das Treffen sprach sich für ein alternatives Integrationsprojekt aus, das die Menschenrechte beachtet, die Souveränität der teilnehmenden Länder garantiert und an die Stelle der Konkurrenz des Marktes Kooperation im Interesse der Ärmsten des Kontinentes setzt. Ein solches Projekt kann nach Meinung des Gipfels die ALBA sein, die mit der Zusammenarbeit zwischen Ve-



ten die Andenländer jedoch differenzierte Positionen. Bolivien handelt einen Freihandelsvertrag mit den USA aus, der aber durch die politischen Ereignisse bisher nicht abgeschlossen wurde. Kolumbien schloss den Vertrag (TLC) mit den USA bereits ab. Mit Peru und Ecuador sind die Verhandlungen noch im Gange. Beide Länder unterstützen die Schaffung der ALCA.

Venezuela widersetzt sich deren Schaffung, obwohl es einen intensiven Handelsaustausch mit den USA unterhält und v.a. Erdöl exportiert. Chávez beabsichtigt, Anfang Dezember 2005 dem Mercosur beizutreten, ohne vorerst Vollmitglied zu werden.

Die Strategie der USA besteht gegenwärtig darin, den Schwierigkeiten bei der Schaffung der ALCA durch bilaterale Verträge mit einzelnen Ländern in Form der TLC's aus dem Wege zu gehen. War die NAFTA ein Anfang, so sind die TLC mit Chile und Kolumbien und der Vertrag mit vier mittelamerikanischen Staaten (CAFTA) weitere Schritte zur Einbindung Lateinamerikas.

Bush reist erfolglos ab

Es war das vierte Treffen dieser Art. Es stand unter der Losung „Schaffung von Arbeit, Bekämpfung der Armut und Sicherung der Regierungsfähigkeit“.

Das Thema ALCA war für die offizielle Tagesordnung nicht vorgesehen. Es blieb dem mexikanischen Präsidenten Fox als engem Verbündeten der USA und Verfechter der ALCA vorbehalten, dieses Thema während des Treffens anzusprechen. Er schlug vor, in die Abschlussdeklaration erneut die ins Stocken gekommenen Verhandlungen zur Schaffung der ALCA aufzunehmen und dafür einen festen Zeitplan zu vereinbaren.

Dieser Vorschlag wurde von den Ländern des Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) und vom Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez abgelehnt.

Sehr offen und konsequent machte

der Präsident Argentiniens Nestor Kirchner deutlich, dass die ALCA für Argentinien nicht auf der Tagesordnung steht. Brasiliens Präsident Lula erklärte, zum Gipfeltreffen erschienen zu sein, um dringende soziale Probleme Lateinamerikas mit seinen Kollegen zu beraten. Verhandlungen zur ALCA seien während des Gipfeltreffens nicht vorgesehen gewesen.

Die Vertreter der Mercosur-Länder betonten, dass die Bedingungen für ein ausgeglichenes und gleichberechtigtes Abkommen gegenwärtig nicht gegeben sind. Die offensichtlichen Asymmetrien zwischen den Staaten Latein- und Nordamerikas seien zu groß, um für alle gleiche Rechte und Möglichkeiten zu gewährleisten. Die USA verstünden sehr genau, worum es gehe: Es gehe nicht nur um Tarife und freien Handel, sondern um Schaffung von Arbeitsplätzen, Investitionen und Förderung der eigenen Wirtschaft. Es gehe um die Sicherung und Verteidigung der Interessen aller beteiligten Länder. Eine ALCA könne nur geschaffen werden, nachdem sich der Mercosur festgelegt habe.

Präsident Kirchner griff in seiner Rede ebenfalls scharf den IWF an und forderte seine dringende Reformierung.

Es wurde deutlich, dass die Mercosur-Länder mit einer eindeutig abgestimmten Position auftraten, Argentinien und Brasilien ihre Zwistigkeiten im Rahmen des Mercosur hinten anstellten und mit Unterstützung Venezuelas den Versuch der Verfechter der ALCA eine Abfuhr erteilten.

Sowohl Brasilien wie auch Argentinien wandten sich insbesondere gegen die hohen Agrarsubventionen, die in den USA und in der EU vergeben werden, wodurch landwirtschaftliche Exporte aus dem Mercosur-Raum auf abgeschottete Märkte treffen. Brasilien strebt deshalb an, während des Treffens der Welthandelsorganisation (OIT) im Dezember 2005 in Hongkong eine einvernehmliche Lösung in dieser Frage im Rahmen der Doha-Runde zu erreichen.

So konnte in der Abschlussdeklaration des Treffens nur festgestellt werden, dass es unterschiedliche Positionen gibt: Die Befürworterseite anerkannte die Schwierigkeiten, die der ALCA-Prozess mit sich bringt, und will in der Doha-Runde Ergebnisse anstreben.

Für die andere Seite wurde festgehalten: „Ausgehend von der Notwendigkeit, Arbeit zu schaffen, der Armut zu begegnen und die demokratische Regierbarkeit zu festigen, stellen diese Mitglieder fest, dass die notwendigen Bedingungen für einen ausgeglichenen und gerechten Freihandelsvertrag auf dem Kontinent mit einem effektiven Zugang zu den Märkten, frei von Subventionen und verzerrten Handelspraktiken, nicht gegeben sind, d.h. eines Vertrages, der die Erfordernisse und Besonderheiten aller seiner Mitglieder sowie deren Entwicklungsstand und Wirtschaftskraft anerkennt.“

Der Präsident Venezuelas Hugo Chávez schlug angesichts dieser substantiellen Differenzen vor, in den lateinamerikanischen Ländern einen Volksentscheid zur ALCA durchzuführen. Es war auch Hugo Chávez, der den Gipfel als Erfolg für die Ablehner der ALCA wertete und von einer Niederlage der US-Politik in Lateinamerika sprach. In Verhandlungen mit der argentinischen Seite machte Chávez deutlich, dass es sein Land mit der Schaffung der „Bolivarianischen Initiative der Amerikas“ („Alternativa Bolivariana para las Américas“ – ALBA) ernst meint. Es wurde der Abschluss eines Vertrages über den Import von fünf Millionen Fass Erdöl im Wert von 200 Mio. US-\$ nach Argentinien und den Export von landwirtschaftlichen Maschinen im Werte von 114 Mio. US-\$ nach Venezuela vereinbart, womit Chávez seine Absicht, Öl gegen Technologie zu tauschen, konsequent einhält.

Lula äußerte sich zwar während eines Treffens mit G.W. Bush in Brasília gemäßigter, erklärte aber ebenfalls als prioritäre Aufgabe die Schaffung einer Gemeinschaft südamerikanischer Länder und betonte die Absicht Brasiliens, eine engere Zusammenarbeit mit Ländern Afrikas, Chinas, Indiens, Russlands, Südkoreas und der RSA anzustreben.

Nach Einschätzung der argentinischen Zeitung „Clarín“ (5.11.2005) wurden weitere Verhandlungen zur ALCA vorerst gestoppt. Die Zeitung schätzt ein, dass „die Ergebnisse des Gipfels eine Spaltung zwischen 29 Befürworterländern gegen fünf Ablehnungen, (die aber 75% des BSP Lateinamerikas ausmachen) eine Niederlage der US-Diplomatie widerspiegeln.“

*Achim Wahl,
Arbeitskreis Lateinamerika der Linkspartei.PDS*



Bilder über:Indymedia



Seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1977 sind fast 1000 Menschen in den USA hingerichtet worden, in diesem Jahr allein 53 bis zum 18.11. Bleibt die Todesmaschinerie im „Zeitplan“, droht in einigen Tagen die 1000. Hinrichtung. Gegen diese furchtbare Routine sind vor allem Bürgerrechtsorganisationen aktiv, in der Regel jedoch bleibt der Protest schwach und vereinzelt. Das ist anders im Fall des Todeskandidaten „Tookie“ Williams, der im Gefängnis San Quentin in Kalifornien auf seine für den 13. Dezember geplante Hinrichtung wartet. Die Anwälte haben seine Begnadigung beantragt, und insbesondere in Kalifornien findet derzeit viele Protestveranstaltungen gegen die drohende Hinrichtung statt. So demonstrierten am 19.11. rund 1000 Menschen vor dem Gefängnis (Bild). Tookie Williams sitzt seit 1981, seit fast 25 Jahren, in der Todeszelle; er wurde als Gründungsmitglied der berühmten Straßengang „The Crips“ u.a. wegen vierfachen Mordes verurteilt, bestreitet aber seine Beteiligung daran, für die es außer zweifelhaften Aussagen, mit denen sich Polizeiinformanten Strafminderung erkaufen, keine direkten Beweise gibt. In der Haft begann sich Tookie Williams gegen Straßengewalt, Drogen und Jugendkriminalität zu engagieren, schrieb z.B. einflussreiche Bücher für Grund- und Sekundarschüler; initiierte ein Projekt zur Beendigung von Bandenkriegen und für „Frieden auf den Straßen“, das nachweislich zu einer signifikanten Reduzierung von Todesopfern führte, verfasste Radiobeiträge und schrieb Tausende von Briefen an wegen Gewalttaten verurteilte Jugendliche. Auch seine Autobiografie „Blue Rage, Black Redemption“ und der Film „Redemption – Früchte des Zorns“ fanden so viel Anerkennung, dass Tookie Williams mehrfach für den Friedensnobelpreis und den Literaturnobelpreis vorgeschlagen wurde. Auch in Deutschland ruft eine Initiative dazu auf, den Antrag auf Begnadigung durch Unterschrift zu unterstützen. www.freepeltier-lpsgrheinmain.de Bilder: Indymedia San Francisco

Cities for Peace melden sich wieder

In 70 Städten der USA haben die Stadträte inzwischen Resolutionen für den sofortigen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak verabschiedet. Das teilt die Bewegung „Cities for Progress“ mit. Die Bewegung, die an die Bewegung „Cities for Peace“ anknüpft – vor Beginn des Irak-Krieges hatten zahllose Städte und Gemeinden ihre Opposition erklärt –, hat inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, dass jetzt auch die Washington Post in einem langem Artikel berichtete. Zu den Städten, die den Rückzug fordern, gehören nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ wie Berkeley oder Cambridge, sondern inzwischen auch Großstädte wie San Francisco, Chicago, Philadelphia, Baltimore und andere. Der Stadtrat von Chicago z.B. bezifferte die Kosten des Krieges für die Stadt auf 200 Mio. \$ und rechnete vor, dass damit 31.147 Lehrer für ein Jahr hätten bezahlt werden können. Eine ähnlich starke Bewegung für den Rückzug der US-

Truppen hat sich mittlerweile auch bei den Gewerkschaften entwickelt. Hier spielt auch die ausdrückliche Betonung der Solidarität mit den irakischen Gewerkschaften eine große Rolle. (Quelle: www.citiesforprogress.org, www.uslaboragainstawar.org)

Sorgen über die Verletzung von Menschenrechten in Polen

Der für den 19. November in Poznan, Polen, geplante „Equality March“ für Toleranz, Gleichberechtigung, Frauenrechte und gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben konnte nicht stattfinden. Schon vorher hatten katholische Konservative gegen „unmoralische, bestürzende Werbung für Homosexualität“ gehetzt, die rechtsextreme Jugendorganisation „Młodzież Wschepolska“ von „Homoterroristen“ gesprochen und „Linke und Anarchisten“ als „Feinde der Demokratie“ bezeichnet. Der Bürgermeister von Poznan, der

zuvor schon elf Demonstrationen gegen den Krieg im Kaukasus verboten ließ – die Verbote wurden anschließend stets von Gerichten als illegal bezeichnet –, ließ auch diese Demonstration aus „Sicherheitsgründen“ verbieten. Ein massives Polizeiaufgebot und Attacken von Nazis verhinderten dann auch, dass die, die sich trotz des Verbots versammelten, losgehen konnten. Die Polizei nahm 68 Menschen fest. In einer Protestresolution gegen die Repression erklärten zahlreiche Künstler, Journalisten und andere Prominente: „Wir machen uns große Sorgen über den Entwicklungsprozess der Begrenzung und Verletzung von Menschenrechten in Polen. Wir wollen in einem Land leben, das allen BürgerInnen gleiche Behandlung garantiert, egal welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher sexuellen Vorliege, Hautfarbe, Glauben oder politischer Einstellung. Unserer Meinung nach ist Polen im Moment nicht ein solches Land. Polen ist ein Land der Diskriminierung.“ (Quelle und Bild: Indymedia)

Massenproteste in Tschechien und Slowenien

Rund 30.000 Menschen demonstrierten am 26.11. in Prag gegen die geplante Lockerung des Kündigungsschutzes. Die konservativen Parteien im tschechischen Parlament wollen mit der Novellierung des Arbeitsgesetzes u.a. eine



Ausweitung der Probezeit erreichen sowie die Möglichkeit für Unternehmen, Frauen im Mutterschutz und Langzeitkranken leichter zu kündigen. Zu der Demonstration hatten 51 Gewerkschaften aufgerufen.

In Ljubljana, Slowenien, beteiligten sich zur gleichen Zeit rund 40.000 Menschen an der größten Demonstration seit 1992, die von den vier Gewerkschaftsverbänden, den Gewerkschaftsverbänden des öffentlichen Dienstes sowie den Studierenden- und Rentnervereinigungen organisiert wurde. Der Protest richtet sich gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitte-Rechts-Regierung, u.a. gegen die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 20% und den drastischen Abbau von Sozialleistungen. *Zusammenstellung: scc*

STUTTGART. Am 30. November finden in Stuttgart, Bamberg und Düsseldorf Aktionen von Studierenden statt, München demonstrierte bereits am 17. November unter dem Motto „Kostenlose Bildung für alle. Studiengebühren stoppen. Soziale Grundsicherung erkämpfen“ (siehe Bild). Hamburg wartet auf den ‚Tag X‘, den Tag, nachdem das Gebührengesetz erstmalig vorgestellt wird und wird spontan gemeinsam mit anderen Hamburger Hochschulen in die Innenstadt demonstrieren. In einer gemeinsamen Solidaritätserklärung von ASten aus dem Bundesgebiet an die Stuttgarter heißt es: „In vielen weiteren Bundesländern droht die Einführung von Studiengebühren. Dabei hat Baden-Württemberg die traurige Vorreiterrolle übernommen ... Eure Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen zusammen mit den Landesbeschäftigten machen uns Hoffnung. Bereits wenige Tage nach Eurem Aktionstag findet nach einer Großdemo in Bremen eine Konferenz statt, die unter dem Motto „Für eine solidarische Gesellschaft“ die gleichen Ziele wie ihr verfolgt.“ So am 2.12. in Bremen, am 8.12. Magdeburg, Halle und Hannover. www.nixbildungsabbau.de



Studentische Vollversammlung unterstützt Rektoratsbesetzung

GREIFSWALD. Während der studentischen Vollversammlung der Studierendenschaft an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald am 16. November votierte eine überwältigende Mehrheit der anwesenden fünfhundert Studierenden für eine Solidarisierung mit den Rektoratsbesetzern. Auch Mitarbeiter der Universität, die an der Vollversammlung als Gäste teilnahmen, applaudierten lang anhaltend. Die inhaltliche Position der etwa 25 Studierenden, die am Mittwochnachmittag das Rektorat der Greifswalder alma mater in Beschlag genommen haben, wurde ebenfalls lautstark begrüßt. Sie wendet sich gegen die von der Landesregierung geforderte Streichung von 187 Stellen, gegen das Ausbluten der Geisteswissenschaften durch die Umsetzung der Kürzungen und für eine Kultur des offenen demokratischen Dialogs. Die Vollversammlung forderte darüber hinaus die ideelle und logistische Unterstützung der Besetzer. www.gewissenlos.info

„Zukunft braucht Schule“ plant Start eines neuen Volksantrags

DRESDEN. Wie auf dem 21. Schulinitiativtreffen beschlossen, hat der Verein „Zukunft braucht Schule“ in den vergangenen Monaten Sondierungsgespräche mit Parteien, Gewerkschaften, Organisationen, Verbänden und vielen einzelnen Unterstützern geführt, um die Chancen für einen erneuten Volksantrag auszuloten und ist dabei auf breite Unterstützung gestoßen, die Schulgesetzgebung in Sachsen mit dem demokratischen Mittel Volksantrag/Volksbegehren zu ändern. Der Verein schreibt: „Im Angesicht des Ende des vergangenen Schuljahres erfolgten katastrophalen

Kahlschlags an Sachsens Schulstandorten und der weiteren geplanten Schulschließungen werden wir auf diesem Wege den Interessen von Schülern, Eltern und Lehrern eine machtvolle Stimme verleihen. Ziel dieser außerparlamentarischen Gesetzesinitiative ist es, wohnortnahe Schulen zu erhalten bzw. bereits erfolgte Schulschließungen zu hinterfragen. Mit dem verfassungsmäßigen Mittel des Volksantrages wollen wir gegenüber der Staatsregierung das Recht unserer Kinder auf eine bestmögliche Bildung und angemessene Schulwege durchsetzen.“

www.zukunftbrauchtschule.de

„Asyl in der Kirche“ kritisiert die sog. Härtefall-Kommissionen

BERLIN. Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ hat die Arbeit der Härtefallkommissionen für Flüchtlinge in Frage gestellt. Die bundesweit verschieden zusammengesetzten Gremien arbeiteten sehr unterschiedlich und hätten zum Teil kaum Spielraum und Mitbestimmung bei Entscheidungen. Zudem sei die Stimme der Zivilgesellschaft, der Wohlfahrtsverbände, von Nichtregierungsorganisationen und Kirchen in den Härtefallkommissionen teilweise „nur sehr leise“



hörbar. Gewerkschaften, Flüchtlingsorganisationen und die evangelische Kirche forderten unterdessen die Gleichbehandlung von Flüchtlingskindern mit ihren deutschen Altersgenossen. Dazu gehöre die Abschaffung des „faktischen Ausbildungs- und Arbeitsverbotes“ für Jugendliche nach einem Schulabschluss in Deutschland, sagte Pro Asyl-Vorstandsmitglied Heiko Kauffmann.

www.socialtimes.de

Demonstration am 8. Dezember anlässlich der Innenministerkonferenz

KARLSRUHE. Am 8. und 9. Dezember 2005 treffen sich die Innenminister des Bundes und der Länder zu ihrer halbjährlich stattfindenden Sitzung in Karlsruhe. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ruft zusammen mit zahlreichen anderen Gruppen zur Demonstration auf: „In den vergangenen Jahren ist die Innenministerkonferenz vor allem durch restriktive Beschlüsse zur Flüchtlingspolitik hervorgetreten. Anstatt die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen werden Flüchtlinge bekämpft. Solange keine realen Anstrengungen unternommen werden, den Widerspruch zwischen arm und reich, zwischen Demokratie und Diktatur zu bekämpfen, solange mit den Diktatoren Geschäfte gemacht werden, solange wird es Menschen geben, die aus Angst vor Verfolgung und Vertreibung fliehen müssen. Daher fordern wir: Gleiche Rechte für alle! Bleiberecht für alle Flüchtlinge! Stoppt die unmenschliche Abschiebepolitik! Eine Flüchtlingspolitik, die Fluchtursachen, nicht aber Flüchtlinge bekämpft. Wir fordern die Innenminister auf, eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge zu beschließen. Demonstration und Kundgebung: 8. Dezember, 16 Uhr – Platz der Grundrechte.“ lbs

Erfolgreiche gegen Nazi-Aufmarsch

KÖLN. 400 Menschen demonstrierten am 19. November vor dem DGB-Haus gegen den Nazi-Aufmarsch von Axel Reitz. An der Kundgebung nahmen neben dem Bezirksbürgermeister Hupke, dem Vorsitzenden des Integrationsrates Tayfun Keltek auch der gesamte Bezirksvorstand von ver.di teil. Am Ende der Kundgebung gegen Rechts sammelten sich ca. 50 Nazis um den selbsternannten Gauleiter Axel Reitz. Nachdem offensichtlich wurde, dass Axel Reitz faktisch eine Fortsetzungsveranstaltung der verbotenen Nazi-Kundgebung vom 9. November durchführte, löste Polizeipräsident Steffenhagen die Versammlung auf, bevor sich die rechte Demonstration überhaupt in Bewegung setzen konnte. In der Zwischenzeit hatten sich an der Route der vorerst genehmigten Demonstration der Nazis in der Innenstadt bereits hunderte Demonstranten versammelt. Per Lautsprecher unterrichtete die Polizei die Teilnehmer vom Verbot der Reitz-Kundgebung. Die Freude war groß. jöd

Nazidemoverbot „rechtswidrig“

KARLSRUHE. Das Verwaltungsgericht hat das Verbot der Stadt Karlsruhe der Nazi-Demonstration am 3. Dezember für rechtswidrig erklärt. Aufgrund der „mangelnden Kooperation“ der Anmeldender „beschränkt“ das VG die Demonstration auf den Bahnhofsvorplatz und Tageslichtzeit. Ein vollständiges Verbot sei nicht gerechtfertigt. Die gegen den Veranstalter erhobenen Vorwürfe hinsichtlich drohender Straftaten hätten keinen konkreten Bezug zu der am 3. Dezember geplanten Demonstration. Wegen der befürchteten Reaktionen gewaltbereiter Gegendemonstranten dürfe die geplante Demonstration ebenfalls nicht verboten werden. Stadt und Polizei müssten, wenn es zu solchen Reaktionen komme, vielmehr Maßnahmen gegen diese Störer ergreifen. Für den 28. Januar hat der Neonazi Worch die nächste Demonstration in Karlsruhe angemeldet. Das Antifaschistische Aktionsbündnis mobilisiert weiter zur Gegendemonstration am 3. Dezember, Bahnhofsvorplatz. (Verwaltungsgericht Karlsruhe, Beschluss vom 28.11.2005 – 3 K 2581/05) map

Zur Konferenz der sozialen Bewegungen am 19./20. November

FRANKFURT A.M.. Der großen Koalition der Bundesregierung muss eine große Koalition außerparlamentarischer Bewegungen entgegengesetzt werden. Dieses Ziel formulierten rund 350 Mitglieder unterschiedlicher Gewerkschaften, Bewegungen und Organisationen am 19./20. November bei einer gemeinsamen Aktions- und Strategie-

konferenz in Frankfurt. „Angesichts der Zumutungen des Koalitionsvertrags ist eine solchen Zusammenarbeit wichtiger denn je“, sagte Horst Schmitthöner, Beauftragter des IG Metall-Vorstands für soziale Bewegungen. Gegen die Politik der großen Koalition, die die Umverteilung von unten nach oben verstärkte, soll im Frühjahr eine bundesweite Demonstration stattfinden; Details werden noch geklärt. Neben den Protesten auf der Straße sollen zudem alternative Konzepte weiterentwickelt und stärker zusammengeführt werden, sagte Rainer Wahls vom Aktionsbündnis Sozialproteste. „Wir sind uns einig, dass der vorhandene gesellschaftliche Reichtum anders verteilt werden muss. Dazu brauchen wir eine grundlegend andere Steuerpolitik, ein Grundeinkommen, Mindestlöhne und Arbeitsumverteilung.“ Auch auf europäischer Ebene soll der Protest gegen die neoliberale Politik verstärkt werden. Gegen die Bolkestein-Richtlinie, die Dienstleistungen EU-weit liberalisieren soll, soll zu einer europaweiten Demonstration nach Straßburg mobilisiert werden. Diese soll direkt vor der Abstimmung im Europaparlament stattfinden, voraussichtlich am 14. Januar oder 11. Februar 2006. „Nur durch eine europaweite Zusammenarbeit können wir diesen Angriff auf Sozial- und Umweltstandards stoppen“, sagte Attac-Geschäftsführerin Sabine Leidig. Zudem wurden auf der Konferenz Aktionen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft und beim G8-Gipfel, der im Frühjahr 2006 in Deutschland stattfindet, diskutiert. *Dokumentation der Foren: www.versammlung-sozialer-bewegungen.de*

Kundgebung des AK Justiz am 9.11. Wegweiser nach Gurs!

MANNHEIM. In diesem Jahr stand das vom AK Justiz organisierte Gedenken an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938 im Zeichen der Erinnerung an die Deportation der badischen und pfälzischen Juden am 22. und 23. Oktober 1940. Die Veranstaltung fand auf dem Willy-Brandt-Platz vor dem Mannheimer Hauptbahnhof statt. Der Ort war gezielt gewählt: Die Reichsbahn spielte eine entscheidende Rolle im Vernichtungsprogramm gegen die europäischen Juden; der Mannheimer Hauptbahnhof war eine Drehscheibe der Deportationen. So wurden Hunderte männlicher Juden am 10. November 1938 nach der Pogromnacht vom Hauptbahnhof in das KZ Dachau verschleppt, konnten teilweise jedoch wieder zurückkehren. Endgültig wurden die Mannheimer Juden im Oktober 1940 per Bahn deportiert. In neun Zügen wurden etwa 2.000 Personen in das Lager Gurs in Südfrankreich transportiert, darunter viele Kinder. Als 1943 und 1944 etwa 11.000 Kinder per Bahn

aus Frankreich nach Auschwitz in den Tod transportiert wurden, war der Mannheimer Hauptbahnhof ein Haltepunkt. Über diesen Kindertransport gibt es eine Wanderausstellung. In Frankreich wurde sie bereits in mehreren Bahnhöfen entlang der Todesstrecke gezeigt. Die Deutsche Bahn weigert sich bisher, gleiches zu tun bzw. zuzulassen. Der Mannheimer Hauptbahnhof wäre einer der Ausstellungsorte. So war denn die Forderung an Bahnchef Mehdorn, die Deportations-Ausstellung in den Großstadt-Bahnhöfen längs der Todesstrecke nach Auschwitz zu zeigen, ein wesentliches Anliegen der Kundgebung. Eine weitere Forderung richtete sich an die Stadt Mannheim: Sie soll im öffentlichen Raum einen Straßenwegweiser nach Gurs installieren zur Erinnerung an die Deportation der Mannheimer Juden 1940. KIM

Demonstration gegen Deutschlands einzigsten Frauenabschiebeknast

NEUSS.. Am 26.11. fand in Neuss (NRW) anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen eine antisexistische und antirassistische Demonstration gegen Deutschlands einzigsten Frauenabschiebeknast statt (*Bild*). Zu der Demonstration riefen wie bereits in den vorangegangenen Jahren die JungdemokratInnen/ Junge Linke NRW auf. Ab 14 versammelten sich die etwa 150 DemonstrationsteilnehmerInnen zur Auftaktkundgebung. Hier hielt ein Vertreter des Vereins „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft“ aus Büren einen Redebeitrag, in dem er auf die Situation von Menschen in Abschiebehaft einging. Zu dem erklärte er, warum es kein Grund zum Feiern ist, dass der



Frauenabschiebeknast in Neuss demnächst geschlossen wird (was u.a. in den letzten Jahren eine Forderung der Neuss-Demo war), da der Frauenabschiebeknast in Neuss demnächst mit dem Abschiebeknast in Büren (bei Paderborn) zusammengelegt werden soll. Während der Knast in Neuss sich mitten in der Innenstadt befindet, ist der Knast in Büren versteckt in einem Waldstückchen. Zugleich betonte er die Notwendigkeit des Widerstandes gegen Abschiebung und forderte dazu auf auch den Widerstand gegen Europas größten Abschiebeknast in Büren zu intensivieren. Nach diesem Redebeitrag, zog die Demo mehr oder weniger lautstark durch die vorweihnachtliche Innenstadt.

<http://de.indymedia.org>
Zusammenstellung: baf

Aufruf zu Protesten gegen die NATO-Militärtagung am 3./4. Februar 2006 in München

Für Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit – Nein zu Krieg und Militarisierung

„Die Münchner Sicherheitskonferenz“, schrieb die Financial Times Deutschland im Februar 2005, „ist das wichtigste Treffen, auf dem die Mitglieder der NATO-Militärallianz strategische Entscheidungen beraten und untereinander abstimmen.“

Seit 2002, als es erstmals zu Massenprotesten der Antikriegsbewegung gegen diese Militärtagung kam, sind die Organisatoren der Tagung darum bemüht, sich gegen die Vorwürfe zu rechtfertigen, die Münchner Sicherheitskonferenz diene der Vorbereitung und Propagierung von weltweiten Kriegseinsätzen der NATO-Staaten. Um der NATO-Tagung einen friedenspolitischen Anstrich zu geben, erfanden die Veranstalter ein neues Konferenz-Motto: „Frieden durch Dialog“.

Bei der jährlich stattfindenden sogenannten Sicherheitskonferenz geht es nicht um internationale Sicherheit, sondern um Kriegsvorbereitung.

Im Münchner Nobelhotel „Bayerischer Hof“ versammelt sich die militärpolitische Elite der NATO-Staaten – abgesichert durch einen kostspieligen Polizeieinsatz vor der Antikriegsbewegung auf Münchens Straßen. Dort tagen

die Außen- und „Verteidigungsminister“, sogenannte Sicherheitsexperten, führende NATO-Generäle sowie Vertreter der größten Rüstungskonzerne. Hier werden Militärstrategien koordiniert, weltweite Interventionspläne abgesprochen und Kriegskoalitionen geschmiedet. 1999 war es der NATO-Krieg gegen Jugoslawien, 2002 der sogenannte „Krieg gegen den Terror“, 2003 die Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak, in den folgenden Jahren die Besatzungsherrschaft im Irak und um Pläne gegen Iran.

Wir wenden uns gegen ein System, das sich ausschließlich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht.

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt, insbesondere der USA, Deutschlands und der anderen EU-Staaten beanspruchen für sich das Recht „auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Wortlaut der verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr). Sie wollen ihre wirtschaftlichen Interessen und globalen Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durchsetzen. Folgen einer solchen Gewaltpolitik sind globa-

le Verarmung, Zerstörung demokratischer und sozialer Rechte und die Vernichtung natürlicher Lebensgrundlagen.

Im Rahmen ihrer gemeinsamen Außenpolitik setzen die Regierenden Deutschlands und der anderen EU-Staaten auf die Militarisierung und Abschottung Europas. Dazu gehören die Interventionstruppen, ebenso die rassistischen Ausländergesetze, die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Errichtung von „Auffanglagern“ in Nordafrika. Vor den Toren Europas herrscht tödliche Gewalt gegen MigrantInnen.

Militarisierung nach außen und die Zerstörung der Sozialsysteme sind zwei Seiten einer Medaille.

Allein in Deutschland sollen Anschaffung neuer Waffensysteme in den nächsten 10 Jahren rund 100 Milliarden Euro verschlingen. Gleichzeitig wird die Zerstörung von Sozialsystemen und von Rechten der Arbeiterinnen und Arbeiter unter einer großen Koalition noch weiter beschleunigt. Diese Politik der Konzerne, der Banken und der neoliberalen Parteien führt zu dauerhafter Umverteilung von unten nach oben.

Freitag, 3. Februar 2006

Aktionstag mit kreativen Aktionen gegen die NATO-Militärtagung.
17 Uhr Kundgebung am Marienplatz

Samstag, 4. Februar 2006

Großdemonstration gegen die NATO-Kriegsstrategen im Bayerischen Hof
12 Uhr vom Lenbachplatz zum Marienplatz

Bitte unterzeichnen Sie die Unterstützungserklärung

und senden Sie diese per email: GegenKriegEMail@aol.com

per fax: 089/168 94 15 (bitte nur diese Seite faxen)

Zur Durchführung der Gegenaktionen brauchen wir großzügige Spenden.

Unterstützungsbeitrag: pro Gruppe 50, 100 oder mehr Euro bitte auf folgendes Konto:
Martin Löwenberg, Konto-Nr. 28 26 48 02, Postbank München BLZ 700 100 80
Stichwort 'no-nato-2006'

Ja, wir unterstützen den Aufruf gegen die NATO-Militärtagung am 3./4. Februar 2006

Name der Organisation _____

Kontaktperson u. Anschrift _____

Tel./Fax/email _____

Unterstützungsbeitrag _____ Unterschrift _____

Erstunterzeichner:

AnaRKom – Anarchisten /

Rätekommunisten

Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts, ver.di
München

Attac München

Bayerischer Flüchtlingsrat

Deutsche Kommunistische Partei – DKP

Deutscher Freidenkerverband München
e.V.

DFG/VK – Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

DIDF München – Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei

Emanzipation Humanum, München

FAU – Freie ArbeiterInnen Union,
München

Fortsetzung Folgt

GEW – Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft, Stadtverband München

Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen,
Stuttgart

Krieg und Sozialkahlschlag bedrohen alle: Arbeitslose und Beschäftigte, Jugendliche und RentnerInnen, Menschen mit und ohne deutschen Pass. Nur gemeinsam können wir wirksam Alternativen durchsetzen, um eine friedliche und gerechte Welt zu schaffen.

Wir sind ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen mit verschiedenen Vorstellungen von Protest.

Wir bestimmen die Mittel unseres Widerstandes selbst. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus. Vielfalt ist dabei unsere Stärke.

Wir erklären den NATO-Strategen: Eurer Politik setzen wir weltweit Widerstand entgegen.

Die NATO-Militärtagung verdient wie in den vergangenen Jahren eine gebührende Antwort: Massenhaften Protest und Widerstand!

- Stoppt die weltweite Kriegs- und Besatzungspolitik der NATO-Staaten
 - Für ein soziales Europa – Keine EU-Militärmacht
 - Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jegliche deutsche Kriegsunterstützung
 - Internationale Solidarität gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus
 - Öffnung der Grenzen statt Stacheldraht und Lager – Fluchtursachen bekämpfen
 - Abrüstung und Umverteilung von oben nach unten statt sozialer Demonstage
- NO JUSTICE NO PEACE /
Ohne Gerechtigkeit kein Frieden

Informationsstelle Militarisation IMI e.V.

Libertad Süd

Linkspartei.PDS München

Linkspartei.PDS, Offene Liste im Stadtrat München

Link'WASGeht – Landesjugendverband der WASG Bayern

Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung – BIFA

Münchner Friedensbündnis (Mehrheit)

Querkopf e.V. – Berliner Arbeits-Obdachlosen-Mitmachzeitung

RSB – Revolutionär Sozialistischer Bund/IV. Internationale

SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend München

SJD – Die Falken, München

Ver.di Bezirk München

WASG Kreisverband München

Autonom Leben e.V. Hamburg

Keine Legalisierung der „aktiven Sterbehilfe“

Der Hamburger Justizsenator Roger Kusch hat eine Gesetzesänderung zur Freigabe der „aktiven Sterbehilfe“ gefordert: „Verantwortungsvolle, mitfühlende Sterbehilfe ist für mich kein Verstoß gegen humane Grundwerte, sondern ein Gebot christlicher Nächstenliebe.“

In Deutschland konnte bisher anders als in den Niederlanden oder Belgien die gesetzliche Freigabe der „Aktiven Sterbehilfe“ nicht durchgesetzt werden. Ein Grund sind die Erfahrungen mit der Gesundheitspolitik des Hitler-Faschismus. Die Nationalsozialisten knüpften an der Propaganda für die angeblich so segensreiche und humane Freigabe der „aktiven Sterbehilfe“ an, um ihr Programm der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ und der Endlösung der sozialen Frage zu verwirklichen.

Im Zusammenhang mit den Prozessen gegen die „Euthanasie“ärzte des Dritten Reiches schrieb 1949 der amerikanische Arzt Leo Alexander, „dass allen, die mit der Frage nach dem Ursprung dieser Verbrechen zu tun hatten, klar wurde, dass sie aus kleinen Anfängen wuchsen. Am Anfang standen zunächst feine Akzentverschiebungen in der Grundhaltung. Es begann mit der Auffassung, die für die Euthanasiebewegung grundlegend ist, dass es Zustände gibt, die als nicht mehr lebenswert zu betrachten sind. In ihrem Frühstadium betraf diese Haltung nur die schwer und chronisch Kranken. Nach und nach wurde der Bereich jener, die unter diese Kategorie fielen, erweitert und auch die sozial Unproduktiven, die ideologisch Unerwünschten, die rassistisch Unerwünschten dazugerechnet. Entscheidend ist jedoch zu erkennen, dass die Haltung gegenüber den unheilbar Kranken der winzige Auslöser war, der diesen totalen Gesinnungswandel zur Folge hatte.“

Wir halten es daher für gefährlich und grundfalsch, die „Tötung auf Verlangen“ und die „aktive Sterbehilfe“ gesetzlich zuzulassen:

– Wenn der Staat es erst einmal zulässt, dass Ärzte ihren Patienten Tabletten oder Spritzen verabreichen, die als einziges Ziel haben, Patienten umzubringen, dann ist nicht nur der Missbrauch programmiert. Eine genaue gesetzliche Regelung führt auch dazu, dass auch der letzte Abschnitt des Lebens voll in der Routine des medizinischen und betreuungsrechtlichen Alltags aufgeht, dass sich dabei pragmatisch zweckgerichtetes Handeln durchsetzen und die Todesspritze zu einer normalen, gleichrangigen Alternative ärztlichen Handelns wird.

– Auch der Kommerz wird sich rasch

der geänderten Rechtslage annehmen. Es wird einen Handel mit diesen Giften geben, das unkontrollierbare Internet bietet sich nahezu dafür an. Es wird einen „Sterbehilfe“-Tourismus und verstärkt spezielle Ärzte und Kliniken geben, deren bevorzugtes Geschäft es sein wird, schwerkranke und schwerstbehinderte Menschen zu töten.

– Die Rechtsprechung der letzten Jahre, aber auch die 1999 vorgelegten „Richtlinien zur Sterbebegleitung und Behandlungsabbruch“ der Bundesärztekammer haben zudem das Tor zur „aktiven Sterbehilfe“ weit aufgestoßen. Die Rechtsprechung in Deutschland verlangt vor einem Behandlungsabbruch die Prüfung, ob „ein bewusstes oder selbstbewusstes Leben für den betroffenen Patienten zu erwarten sei“ (OLG Frankfurt 1998). Dieses Kriterium aber führt unausweichlich in ein Wertesystem, das menschliches Leben erster und zweiter Klasse unterscheidet, mit unterschiedlichem Anrecht auf Schutz und Menschenwürde. Das ist eine direkte Übernahme der Prämisse der Bioethik, dass es einen grundsätzlichen Unterschied gibt zwischen einem bewussten und selbstbewussten Leben von Personen, die deshalb ein volles geschütztes Lebensrecht haben, und einem menschlichen Leben von „Nichtpersonen“, dem Bewusstheit und Selbstbewusstsein abgesprochen wird und das deshalb vernichtet werden darf, wenn das für die Gesellschaft insgesamt nützlicher erscheint.

– Wenn aktive Sterbehilfe generell freigegeben würde, dann sind sich Kranke und Behinderte buchstäblich ihres Lebens nicht mehr sicher. Permanent stünde ihnen die Aufforderung im Rücken: Warum stirbst du nicht endlich? Warum bittest du nicht um dein Ende?

– Von einem freien Willen kann bei der Bitte um die Giftspritze überhaupt nicht die Rede sein. Die Einsamkeit, die unzureichend behandelten Schmerzen, die schreckliche Situation in den Kliniken und Pflegeheimen, das Gefühl, nur noch anderen zu Last zu fallen, der mehr oder weniger direkte Druck des sozialen Umfeldes werden weit häufiger diese Bitte um den schnellen Tod bestimmen als der „freie“ Wille.

– Als eine wesentliche Hilfe für das Handeln des Arztes sollen demnächst auch in Deutschland verbindliche Patientenverfügungen dienen. Aber diese so genannten Patiententestamente sind ja in der Regel in einer ganz anderen Lebenssituation verfasst worden. Und selbst wenn die Patientenverfügungen schon bei sehr fortgeschrittener Krankheit oder zu einem Zeitpunkt kurz vor Eintreten der Nichtzustimmungsfähig-

keit verfasst werden, ist ihre Aussagekraft höchst zweifelhaft.

– Und bei nichteinwilligungsfähigen Patienten sollen gesetzliche Betreuer, Angehörige, Ärzte und Vormundschaftsrichter den „mutmaßlichen Willen“ der Betroffenen ermitteln. Was ist aber der „mutmaßliche Wille“ und kann er überhaupt ermittelt werden? Der mutmaßliche Wille ist ein sehr manipulatives Instrument; er richtet sich nach dem Maß des durchschnittlich Vernünftigen. Die Gesunden würden also einem Kranken, in dessen Lage sie sich gar nicht hineinenden können, ihre Auffassung aufpressen.

– Dass Menschen in kritischen Lebenslagen mit Selbsttötungswünschen reagieren, ist normal. Die Frage ist dann, wie mit solchen Wünschen respektvoll umgegangen wird. Das Angebot des schnellen Todes ist hier ganz sicher der falsche Weg. Aufgabe des Arztes, der Pflegenden und der Angehörigen ist es vielmehr, in solchen Situationen die Not hinter dem Tötungswunsch sensibel wahrzunehmen und ernst zu nehmen.

– Und wenn es nicht zu verhindern war, dass sich Menschen selbst töten, dann ist das allemal Anlass zu trauern, innezuhalten, nachzudenken, was falsch gelaufen ist. Es darf aber nicht zum Anlass genommen werden, neue Gesetze zu fordern, die die Selbsttötung oder das Tötung auf Verlangen erleichtern, oder gar eine neue „praktische“ Ethik oder Moral als sozial notwendig zu verlangen, die das Tötungstabu grundsätzlich aufhebt.

– „Sterbehilfe“ ist nicht zuletzt eine ökonomische Frage. 60 bis 70 Prozent der gesamten Behandlungskosten eines Lebens fallen in den letzten zwei Lebensjahren an. Da ist die Versuchung groß, die maroden Gesundheitssysteme durch die Tötung dieser Patienten zu sanieren. Die Praxis der „Sterbehilfe“ in den Niederlanden oder Belgien ist für die Kosten und Nutzen abwägenden Sozial- und Gesundheitspolitiker weltweit daher durchaus Vorbild.

– Rund 40.000 Menschen fallen zum Beispiel in Deutschland jedes Jahr ins Koma, die meisten für wenige Tage oder Wochen, rund 3000 aber für mehr als ein halbes Jahr. Die Behandlung eines Komapatienten kostet monatlich mindestens 5.000 Euro. Es ist daher kein Zufall, dass diese Menschen am häufigsten als Argument für die „aktive Sterbehilfe“ herhalten müssen.

Ein radikales „Sterbehilfe“-Gesetz, die Zulassung der Giftspritze ist daher weit mehr ein Gebot des Wettbewerbs- und Standortvorteils als ein Gebot christlicher Nächstenliebe.



www.autonom
leben.de
November 2005

Entscheidung über Sicherheitsverordnung verschoben: WÜRZBURG. Der Würzburger Stadtrat verschob angesichts des massiven öffentlichen Drucks seine Entscheidung über die neue Sicherheitsverordnung. Auf der Stadtratssitzung protestierten Punks und Mitglieder des Würzburger Friedensbündnisses mit Transparenten, Schildern und Flugblättern. Jetzt sind die Fraktionen des Würzburger Stadtrats aufgefordert, schriftlich Änderungswünsche an der Sicherheitsverordnung einzureichen. Am Vortag hatte die Linkspartei in der Stadt einen Infostand durchgeführt und Unterschriften gegen die Verabschiedung gesammelt (75 Unterschriften in einer Stunde!). Gegen die geplante Sicherheitsverordnung hatte sich spontan ein Aktionsbündnis „Für Demokratie und Toleranz in Würzburg“ gegründet, an dem sich das Würzburger Friedensbündnis (attac, DGB, Erwerbsloseninitiative, Ökopax, VVN-BdA, Linkspartei, WASG), ver.di und der Würzburger Fußballverein beteiligen. Sie fordern, dass die Sicherheitsverordnung nicht ohne Beteiligung der Betroffenen, insbesondere der Vereine und Organisationen, beraten und verabschiedet werden darf.

cls, nachrichten & standpunkte 11/05

Nahverkehr wird teurer: BERLIN. Bus- und Bahntickets drohen von 2006 an erheblich teurer zu werden. Außerdem steht ein schlechteres Angebot bevor. Grund ist die von der großen Koalition geplante Kürzung des Bundeszuschusses für den öffentlichen Nahverkehr. Die Bundesländer sollen mit den Regionalisierungsmitteln einen flächendeckenden Nahverkehr gewährleisten; die Länder müssen den Kürzungen zustimmen. Nach Angaben des haushaltspolitischen Sprechers der Union, Steffen Kampeter, ist dies geschehen. Die Streichungen seien in Absprache mit den Ministerpräsidenten vereinbart worden. Wenn die Zuschüsse sinken, müssen die Länder selbst mehr Mittel für den Nahverkehr aufwenden. Sie könnten aber auch die Preise erhöhen oder das Angebot einschränken. Davor warnten jedoch die Verkehrsunternehmen. Neben Verbindungen, die dann möglicherweise entfielen, „könnte das auch Preissteigerungen im zweistelligen Prozentbereich für Fahrkarten bedeuten“. Die schwarz-roten Sparpläne im Nahverkehr stoßen auch bei den Kommunen auf heftige Kritik. Die Kürzung der Finanzhilfen um rund drei Milliarden Euro bis 2009 würde zu einer dramatischen Ausdünnung des Schienenpersonennahverkehrs in den ländlichen Gebieten führen, sagte der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Städte-

und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, der Chemnitzer „Freien Presse“. Angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage sei mehr Mobilität nötig und nicht weniger. Ein gutes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr bleibe für die Fahrten zur Arbeit unerlässlich. Es gehe nicht an, erst die Pendlerpauschale zu kürzen und dann zusätzlich das Angebot von Bussen und Bahnen zu verschlechtern.

FR, 24.11.05; www.dstgb.de

Gegen die Privatisierung kommunaler Wohnungen: HANNOVER. Der Deutsche Städtetag und der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) haben sich deutlich gegen den Verkauf kommunaler und öffentlicher Wohnungsgesellschaften an private Gesellschaften und Fonds gewandt. Auf einem gemeinsamen Kongress in Hannover rief Städtetags-Präsident Christian Ude (SPD) dazu auf, sich der Privatisierung der kommunalen Wohnungswirtschaft „gemeinsam und grundsätzlich entgegenzustellen“. GdW-Präsident Lutz Freitag erklärte, aus „ökonomischer Rationalität“ seien derartige Verkäufe „falsch“. Bei einer langfristigen Betrachtung könnten sie sich für eine Stadt niemals lohnen. Beide unterstrichen die Bedeutung dieser Gesellschaften in Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs. Die kommunale Wohnungswirtschaft in Deutschland habe mit ihrem Sozialmanagement in Problemwohnlagen Pariser Zustände verhindern helfen. Sie stelle darüber hinaus das wichtigste Steuerungsinstrument für Stadtentwicklung und Stadtbau dar. Zusätzlich zur betriebswirtschaftlichen Rendite seien es insbesondere diese Leistungen, mit denen sie eine beachtliche „Stadtrendite“ erwirtschaftete. Den nachhaltigen, an Bestandsbewirtschaftung und Stadtrendite orientierten Geschäftsmodellen des kommunalen und öffentlichen Unternehmens stehe bei den Privatunternehmen „die primäre Ausrichtung auf den Cash-flow und die kurzfristig maximale Rendite gegenüber. Für das Wohnen in Deutschland werde das fatale Konsequenzen haben: „Wenn durch häufige Transaktionen die Substanzwerte abgeschöpft und die Veräußerungserlöse nicht wieder in den Bestand und das Wohnumfeld investiert werden, wird der volks- und betriebswirtschaftliche Kapitalstock entwertet.“ In der Folge werde es zur „sozialökonomischen Erosion“ kommen, deren vielfältige Probleme immer schwerer mit kommunalpolitischen Instrumenten gelöst werden könnten.

Die Welt, 24. 11. 05; www.staedtetag.de
Zusammenstellung: ulj

Dienstleistungsrichtlinie öffnet Lohndumping Tür und Tor

„Das Herkunftslandprinzip öffnet Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor“, warnte der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Frank Bsirske vor dem Vorschlag zur Dienstleistungsrichtlinie, auf den sich der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments geeinigt hatte. „Das schürt die Bedenken der Menschen gegenüber Europa.“ Er forderte das Parlament daher auf, der Empfehlung des Ausschusses nicht zu folgen. Die Dienstleistungsrichtlinie müsse vom Kopf auf die Beine gestellt und das Herkunftslandprinzip nur in harmonisierten Rechtsbereichen angewandt werden.

Er betonte, dass es nicht darum ginge, Arbeitnehmer aus anderen Ländern vom deutschen Arbeitsmarkt fern zu halten. Allerdings müssten, solange die Standards in den Mitgliedsstaaten noch so weit auseinander liegen, für alle Anbieter von Dienstleistungen die selben Spielregeln gelten.

Bsirske kritisierte auch die vorgesehene Regelung, die es einem Unternehmen erlauben würde, in einem anderen Land eine Niederlassung zu gründen ausschließlich zu dem Zweck, von dort aus im eigenen Land zu den Bedingungen des Drittlandes tätig zu werden. Dazu sei es nicht einmal erforderlich, auch im Land der Niederlassung Dienstleistungen zu erbringen.

„Ein deutsches Unternehmen könnte sich in Litauen niederlassen, um auf dem deutschen Markt mit litauischen Löhnen zu operieren“, sagte Bsirske. Das würde durch die Einbeziehung der Leiharbeit in die Dienstleistungsrichtlinie noch verschärft, da Leiharbeitnehmer in allen Branchen eingesetzt werden könnten.

Die Kontrolle der Einhaltung von Vorschriften liege nach den Vorstellungen des Ausschusses nunmehr bei dem Land, in dem die Dienstleistung erbracht würde. Grundlage dafür seien aber die Regeln des Herkunftslands. Das sei zwar besser als die Kontrolle ganz in das Herkunftsland zu verlagern, wovon ursprünglich die Rede gewesen sei. Dennoch sei eine wirksame Kontrolle der Standards auch bei dem vorgeschlagenen Verfahren höchst zweifelhaft.

Die Kontrollbehörden müssten die Standards aller 25 Mitgliedsstaaten kennen und im jeweiligen Einzelfall anwenden. „Das ist völlig unrealistisch“, unterstrich Bsirske.

25.11.2005, <http://presse.verdi.de>

Interview mit Ralf Kiefer, Mitglied der ver.di-Tarifkommission und Sprecher der Vertrauensleute an der Uni-Klinik Heidelberg, und Mia Lindemann, ver.di-Geschäftsführerin Heidelberg-Buchen, zum Tarifkampf an den Unikliniken

„Richtig stärker geworden durch guten Erfolg!“

Abdruck von Express 10/05. Die Fragen stellte Anton Kobel.

Ihr ward vom 5. bis 16. Oktober dieses Jahres im Streik. Wie bewertet Ihr das komplexe Ergebnis?

RALF KIEFER: Das Ergebnis kommt gut an. Wir haben uns durchgesetzt. Relativ erfolgreich bei der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber hatten in den letzten Monaten mit Neueingestellten die 41-Stundenwoche per Arbeitsvertrag vereinbart, bei den Verhandlungen wollten sie von den bisher tariflichen 38,5 Stunden auf 40 Wochenstunden verlängern. Das konnten wir richtig gut verhindern. Die jetzt vereinbarte Arbeitszeit gilt für alle. Damit haben wir auch für andere ein deutliches Zeichen gesetzt. Besonders gut ist es für die Auszubildenden und Neueingestellten. Statt 41 Stunden nur 38,5 für die Azubis und 38-39 Stunden, je nach Alter für die Neuen. Beim Geld, bei den Tarifierhöhungen hätte es mehr sein müssen! Die 390 Euro reichen kaum für den Inflationsausgleich. Sie werden auch nicht tabellenwirksam. Besonders kritisch sehe ich die Regelung zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld, die jetzt zu einer Jahressonderzahlung von 88% eines Monatsgehalts zusammengefasst sind. Bisher hatten wir beim Urlaubsgeld eine deutliche soziale Komponente: Als Festbeträge 332 Euro für die unteren und 255 Euro für die höheren Tarifgruppen. Das wurde jetzt faktisch auf 6% des jeweiligen Gehaltes eingedampft. Das ist nicht gut. Trotz dieser Kritik im einzelnen ist unser Tarifabschluss ein guter Erfolg.

MIA LINDEMANN: Bei der Bewertung muss man auch sehen, wir haben jetzt einen identischen Tarifvertrag für alle Beschäftigten an den vier Unikliniken in Baden-Württemberg. Wir konnten die von den Arbeitgebern vollzogene Spaltung in bisherige und neueingestellte Beschäftigte aufheben. Unser Arbeitskampf und Tarifabschluss setzt neue Maßstäbe gegen gewerkschaftliche Konzessionspolitik. Es gibt erkennbare Alternativen zu den geforderten Verschlechterungen. Eine Verlängerung der Arbeitszeiten können wir verhindern. Gerade hier ist der Abschluss ein großer Erfolg.

Erstaunlich ist der besondere Erfolg für die Azubis. Oft fallen sie ja hinten runter bei Tarifverhandlungen.

MIA: Die Azubis haben sich ganz aktiv und kreativ im Arbeitskampf beteiligt.

Es ist auch ihr Erfolg. Und wir wollten Spaltungen in der Belegschaft verhindern.

Außer den materiellen Zielen ging es auch um etwas anderes nach dem Verbandsaustritt Eurer Arbeitgeber?

RALF: Jede Uniklinik in Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm wollte einen eigenen Haustarifvertrag mit deutlichen Verschlechterungen. Sie wollten finanzielle Auswirkungen der politischen Gesundheitsreform auf uns Beschäftigte abwälzen. Wir in den Kliniken wären also doppelt und dreifach betroffen, als Beschäftigte und dann als Kranke und Beitragszahler. Wir wollten einen einheitlichen Tarifvertrag, das Nulldiktat unserer Arbeitgeber beim Gehalt brechen und die Sonderzahlungen erhalten. Das ist uns gelungen.

MIA: Unsere Gewerkschaft ist jetzt anerkannt, bei den Beschäftigten und den Chefs. Ein gutes Pfund für alle Beschäftigten, auch für die Zukunft.

Ihr seid im und durch den Arbeitskampf stärker geworden.

Wie und Warum?

RALF: In Zahlen und im Bewusstsein. In den vier Unikliniken gab's über 1.100 neue Gewerkschaftsmitglieder. Unser Organisationsgrad ist deutlich gestiegen. Im Bewusstsein der Aktiven, der Vertrauensleute und Personalräte, und der ganzen Belegschaft, nicht nur bei den am Streik Beteiligten, sind wir alle richtig stärker. Das haben wir (!) geschafft ist das vorherrschende Gefühl. Man muss sehen, vor dem Streik fand niemand die 40- bzw. 41-Stundenwoche gut. Die Bedenken, ob wir die längere Arbeitszeit abwehren können, waren sehr groß! Ein Großteil unserer Belegschaft hat Zweifel an unserer Kraft gehabt. Wir hatten bisher nur Erfahrungen mit Warnstreiks und jetzt waren wir im Erzwingungsstreik. Das war was neues und unbekanntes. Und da ist eine unglaubliche, nicht vorhersehbare Dynamik entstanden. Wir wollen dabei sein. Es ist unser Streik. Bei der Einteilung zu den Notdiensten, für uns in den Krankenhäusern ein wichtiges Thema, entstand die Frage wer muss (!) arbeiten und darf nicht (!) streiken. Damit hatten wir nicht gerechnet. Zeichen unserer Stärke war auch ein hoher Grad an Selbstorganisation im Streik, auch mit dem Ziel, eine große Beteiligung zu erreichen. Wir haben ganz viel Kraft entwickelt. Wir hätten noch länger streiken können.

Vom 5. bis 16. Oktober 2005 streikten in Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm die Belegschaften der vier Unikliniken in Baden-Württemberg. Es war das nichtwissenschaftliche bzw. nicht-ärztliche Personal. Bei den wenig kampferfahrenen Streikenden handelte es sich nicht um traditionelle Kampftruppen aus der Arbeiterschaft des öffentlichen Dienstes wie Müllmänner und StraßenbahnfahrerInnen, sondern überwiegend um Angestellte und Frauen, im „personennahen Dienstleistungsbereich“, sprich Pflegeberufen. Neben dem eigenen Berufsethos, unmittelbar in Kontakt mit den Patienten und deren Angehörigen, beugte von Vorgesetzten, der Presse und Öffentlichkeit.

Die Ziele dieses Arbeitskampfes waren komplex, aber offensichtlich gut vermittelt in den Belegschaften und einsichtig für die Öffentlichkeit. Es war ein Streik gegen eine Verlängerung der Arbeitszeiten und weitere Arbeitsbelastungen, den Abbau von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, gegen Nullrunden bei den Gehältern und es ging um die Erzwingung eines Tarifvertrages. Die Unikliniken waren Mitte 2004 aus dem Arbeitgeberverband und damit einer Tarifbindung ausgetreten. Jede einzelne wollte den Beschäftigten zuerst per Einzelarbeits- bzw. Ausbildungsvertrag für die Neueingestellten und dann noch mit dem tarifvertraglichen Segen einer schwach erscheinenden Gewerkschaft ver.di massive Verschlechterungen aufdrücken.

ver.di und die anfangs schwach organisierten Belegschaften nahmen den Kampf gegen tarifliche Konzessionen und Spaltungen der Belegschaften, für die Anerkennung durch den Arbeitgeber und einheitliche tarifliche Rege-

lungen auf und setzten sich durch.

In der Krise streiken geht also doch. Und noch etwas ist bemerkenswert. Der Arbeitskampf wurde nicht nur innerhalb der Kliniken, sondern bewusst mit vielfältigen Aktionen in der Öffentlichkeit geführt. Auch die Parolen von der Gewerkschaft als Vergangenheit und bestenfalls Relikt vergangener Zeiten mit dem Hinweis auf den Mitgliederchwund als angebotenen Beweis werden durch diesen Arbeitskampf erschüttelt.

Für ver.di u.a. zeigt sich exemplarisch: Es geht auch anders, es gibt Alternativen zur Anpassung, weil es Bedürfnisse und Hoffnungen gibt. Neben der politischen Stärkung erfuhr auch die gewerkschaftsinterne Ökonomie eine: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg in den Kliniken bei den ca. 20.000 unter den Tarifvertrag fallenden Beschäftigten um 10% (!). Die hohe Zustimmung von über 90% in der zweiten Urabstimmung zeugt von einer gut bei den Mitgliedern verankerten Tarifpolitik mit akzeptablem Ergebnis. Bestätigt wurde auch, dass man in und mit jeder Belegschaft eine Gewerkschaft (be-)gründen kann. Das „rebellische und demokratische Potential“ ist offenbar noch immer und immer wieder da. In größerer Zahl als manche Angsthasen, Zauderer und Modernisten glauben machen wollen.

Das Tarifiergebnis: Die von den Arbeitsgebern geforderte 40-Stundenwoche statt vorher 38,5 konnte verhindert werden. Vereinbart wurden 38 Stunden für Beschäftigte über 55 Jahren, 38,5 für Beschäftigte zwischen 40 und 55 Jahren, 39 Stunden für unter 40jährige. Für ca. 2000 Auszubildende und (Pflege-)SchülerInnen gilt die 38,5 Stundenwoche statt vorher 41 Stunden. Auch die

zwischenzeitlich über 41 Stunden abgeschlossenen Arbeitsverträge sind auf die neuen Arbeitszeiten zurückgeführt. „Vereinbart wurde eine an der Belastung orientierte... Wochenarbeitszeit“, so ver.di.

Für Februar bis Dezember 2005 erhalten alle Beschäftigten eine Einmalzahlung von 390 Euro, für 2006 und 2007 je 300 Euro einmalig. Auszubildende und SchülerInnen bekommen 195 Euro für 2005 und je 300 Euro in 2006 und 2007. Diese Einmalzahlungen beinhalten eine soziale Komponente, werden aber nicht tabellenwirksam. Vereinbart wurden auch Verhandlungen über eine neue, einheitliche Entgeltabelle, die an die Stelle der bisher drei Tabellen für ArbeiterInnen, Angestellte und Pflegeberufe wie Krankenschwestern, Hebammen u.ä. treten sollen. Diese neue Tabelle wird 2006 um 0,25% erhöht. Statt dem bisherigen Urlaubsgeld von 332 Euro in den unteren und 255 Euro in den höheren Tarifgruppen sowie dem Weihnachtsgeld von 82% eines jeweiligen Monatsentgelts erhalten alle ab 2006 eine Sonderzahlung in Höhe von 88% des persönlichen Entgeltes. Für 2005 gilt die bisherige Regelung. Die Klinikchefs hatten den Wegfall des Urlaubsgeldes und eine Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 60% gefordert. Die Zustimmung zu diesem Ergebnis ist in der Urabstimmung groß: 86% in Heidelberg und über 90% in allen vier Unikliniken. Eine differenzierte Betrachtung und Bewertung wird im nebenstehenden Interview mit zwei ver.di-Aktiven aus Heidelberg deutlich.

Anton Kobel, Abdruck aus Express 10/05, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

•

Eure Streiktaktik, Wechselstreik genannt, war erfolgreich. Auch problemlos?

MIA: Erstaunlicherweise ja. In Heidelberg hatten wir am ersten Streiktag alle außer den Notdiensten aufgerufen. Die Beteiligung war enorm. In den folgenden Tagen setzten wir wirksame Nadelstiche. Wir hatten uns auf drei Monate Kampf eingestellt. Wichtig waren die vielen Diskussionen und Gespräche über Streiken im Krankenhaus. Wir streikten ja nicht gegen die Patienten, sondern gegen die Arbeitgeber. Dieses Bewusstsein, Ralf hat es ja grad gesagt, ermöglichte den Wechselstreik. Wir streikten vor allem da intensiv, wo es für den Arbeitgeber teuer wurde. Wenn der eigene Krankentransport ausfiel, mussten das Rote Kreuz oder Taxis gemietet werden. Das geht ins Geld. Gleiche Wirkung haben ausgefallene Großeinnahmen, wenn z.B. nur die Notoperationen

ausgeführt werden konnten. Bei den Beschäftigten kam unsere Streiktaktik gut an.

Wie ist die Stimmung jetzt nach dem Streik?

RALF: Die Stimmung ist wirklich gut. Die Stimmung im Streik wirkt noch immer nach. Bei der Urabstimmung zeichnet sich trotz Kritik im einzelnen, die ich ja auch in der Tarifkommission geäußert hatte, eine hohe Zustimmung ab. Und beides ist richtig! Die Kritik und die Zustimmung! Deutlich zu sehen und zu spüren ist das nicht nur bei den Streikenden, sondern bei allen gewachsenen Selbstbewusstsein. Auch Stolz und Zufriedenheit wegen des guten Gelingens. Wir haben die eigene Kraft gespürt und ihre Wirkungen erfahren. Ein gutes Gefühl!

Und Du Mia?

MIA: Rundum zufrieden. Wir haben was richtig gutes erreicht.

Niedersachsen

Ausverkauf der LKH – Wir sagen NEIN!

HANNOVER. Unter dieser Überschrift hat die Gewerkschaft ver.di, Landesbezirk Niedersachsen-Bremen die Beschäftigten der Landeskrankenhäuser zu Protesten am 14.11.2005 in Osnabrück aufgerufen. Aus dem Aufruf: „Die CDU-Landtagsabgeordneten tagen im Steigenberger-Hotel. Auf ihrer Fraktions-sitzung beraten sie über den Haushalt 2006, d. h., sie werden dort auch über den Verkauf der Landeskrankenhäuser diskutieren. Wir meinen, der Verkauf ist die falsche Lösung. Er stopft kurzfristig Haushaltslöcher, kostet aber langfristig dem Land und damit auch den SteuerzahlerInnen mehr Geld. Geld, das private, renditeorientierte Unterneh-



Über 20.000 Unterschriften gegen den Verkauf der Landeskrankenhäuser. ver.di-Fachbereichsleiter Joachim Lüddecke

übergibt über 20.000 Unterschriften gegen die Privatisierung der Landeskrankenhäuser an Niedersachsens Sozialministerin Ursula von der Leyen. Beschäftigte aus den Krankenhäusern haben die Unterschriften in der Bevölkerung gesammelt. Darin heißt es u. a.: „Wir sind gegen das Profitstreben kommerzieller Krankenhauskonzerne auf dem Rücken der Patienten, der Krankenkassen und der öffentlichen Hand.“ <http://nds-bremen.verdi.de/> (Bild Übergabe Unterschriften)

men einstecken. Geld, das weder der Patientenversorgung noch den Beschäftigten zu Gute kommt. Es gibt Alternativen zum Verkauf, die die Landesregierung nie geprüft hat. Ver.di hat eine Unternehmensberatungsfirma beauftragt. Ein Alternativkonzept für eine Anstalt öffentlichen Rechts zu erarbeiten. Das Land bliebe dann Träger der Landeskrankenhäuser.

- Wir wollen den Politikern zeigen, was wir vom Verkauf halten
- Unsere Arbeit ist zu wichtig, um sie privaten, gewinnorientierten Unter-

nehmen zu überlassen

- Wir wollen, dass die Landeskrankenhäuser in öffentlicher Hand bleiben
- Wir geben den Politikern die Chance, ihre Verkaufspläne zu überdenken
- Wir helfen ihnen, die richtige Entscheidung zu treffen
- Psychiatrie ist keine Ware“.

Lautstark, mit Transparenten und Fackeln protestierten dann am 14.11.2005 ca. 1.000 Beschäftigte aus den niedersächsischen Landeskrankenhäusern gegen die Privatisierungspläne der Landesregierung. (bee)

ver.di Niedersachsen fordert Tarifvertrag vom Land

Unikliniken – 700 Beschäftigte in Hannover und Göttingen im Streik

HANNOVER. In der Tarifaueininandersetzung im öffentlichen Dienste hat die Gewerkschaft ver.di am 16.11.2005 Beschäftigte der Unikliniken in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu ganztägigen Streiks aufgerufen. Aus der Presseerklärung: In Niedersachsen beteiligten sich 700 Krankenschwestern, Pfleger und Ärzte der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und des Universitätsklinikums Göttingen an den Schwerpunktstreiks.

Die Gewerkschaft fordert die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf, die Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Verlängerung der Arbeitszeit wieder zurückzunehmen. „Wir wollen außerdem, dass das neue Tarifrecht des öffentlichen Dienstes auf

die Länder übertragen und die Einkommen der Beschäftigten erhöht werden. Wir fordern auch für die Beschäftigten der Länder verbindliche Tarifverträge“, erklärte ver.di-Landesleiter Wolfgang Denia auf der Kundgebung vor 150 Streikenden der MHH in Hannover.

„Unsere Geduld ist erschöpft“, sagte ver.di-Tarifexperte Joachim Lüddecke vor 550 Klinikbeschäftigten auf der Streikkundgebung in Göttingen. Sollten die heutigen Streiks beim TdL-Vorsitzenden Hartmut Möllring nicht zum Einlenken führen, werde sich der Tarifkonflikt noch weiter zuspitzen, mahnte der Gewerkschafter. Für diesen Fall kündigte er Urabstimmungen im Januar an. „Die Kolleginnen und Kollegen sollen bei immer weniger Lohn immer länger arbeiten. Das machen wir nicht mit.“ Ein unbefristeter Arbeitskampf wie in den Universitätskliniken Baden-Württembergs sei auch in Niedersachsen möglich. Dort hatten die Beschäftigten im Oktober in einem zweiwöchigen Streik einen Tarifvertrag mit dem Land durchgesetzt.

Für beide Unikliniken hat ver.di Notdienste vereinbart. Damit sei sichergestellt, dass die Patientenversorgung nicht gefährdet ist. Notoperationen konnten jedoch zu jeder Zeit durchgeführt werden. (bee)

(Quelle: ver.di-Landesbezirk Nds.-Bremen)

Arbeitgeberverbände fordern Kürzung der Lohnnebenkosten von 42 % auf unter 40 %.

FAZ, Do., 17.11. Ohne Eingriffe in die Leistungsgesetze, seien die Kürzungsziele weder in der Arbeitslosen- und Renten- noch in der Kranken- und Pflegeversicherung zu erreichen. Der Druck, die Reform der Krankenversicherung anzugehen, steige. Die BDA hatte ein Prämienmodell mit Leistungsausgrenzungen vorgelegt, das ohne neue Steuerzuschüsse auskommen würde.

BDI wünscht Anreize für Forscher. FAZ, Fr., 18.11. BDI-Präsident J. Thumann spricht sich für Förderung von Forschung, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen für die Einführung einer Forschungsprämie und neuer Steueranreize aus. „Wir brauchen höhere Umsetzungsgeschwindigkeit von Wissen in Produkte.“ Die große Koalition verpflichtet sich, bis 2010 drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung (FuE) auszugeben. Zwei Prozent davon sollen von der Wirtschaft erbracht werden. Derzeit beträgt der Anteil von FuE etwa 2,5%. Jede öffentlich finanzierte Forschungseinrichtung oder Hochschule, die einen Forschungsauftrag von der Wirtschaft erhält, sollte eine zusätzliche staatliche Prämie von 25% des Auftragsvolumens bekommen.

Gemeinden fürchten Geschäft auf ihre Kosten. FAZ, Fr., 25.11. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, H.-G. Henneke, wies darauf hin, das Tableau des Bundesfinanzministeriums enthalte nur für Bund und Länder höhere Einnahmen aus der geplanten Anhebung der Mehrwertsteuer und Versicherungssteuer, während bei den Gemeinden ein Minus in dreistelliger Millionenhöhe ausgewiesen werde. Wenn es weniger statt mehr Steuereinnahmen für die Gemeinden geben solle, bedeute dies, dass eine Änderung der Beteiligungsverhältnisse geplant sei, die geheimgehalten werde.

Handwerk erwartet Signal von Bundeskanzlerin. Der Handwerkspräsident fühlt sich geschmeichelt, dass die Bundeskanzlerin ihre erste Rede vor einem Wirtschaftsverband auf dem Deutschen Handwerkstag hält. Er erwartet, dass deren mittelstandspolitischen Ankündigungen Anfang 2006 in Kraft treten. Schleyer nennt das Gebäudesanierungsprogramm zur Energieeinsparung, mit dem der Wegfall der Eigenheimzulage zumindest zum Teil ausgeglichen werde, die teilweise steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen für Privathaushalte und die Zusage, wonach Umsatzsteuerzahlungen erst bei Zahlungseingang und nicht schon bei Ablieferung der Leistung fällig werden sollen.

Presseauswertung: rst.

Hannover: „Am 23. November haben sich insgesamt 780 Beschäftigte von Hochschulen in Niedersachsen an Streiks, Warnstreiks, Personalversammlungen und Aktionen beteiligt. Die Gewerkschaft fordert den Erhalt des Weihnachts- und Urlaubsgeldes und der 38,5-Stunden-Woche sowie die Übernahme der Tarifreform des öffentlichen Dienstes durch die Länder. Aufrufen zum 15. Streiktag in der Auseinandersetzung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.“

Vor und auf dem Berliner Landesparteitag der WASG ging es heftig zur Sache.

Neues Deutschland 28.11.2005

Die Berliner Wahlalternative ist am Wochenende wie erwartet auf Distanz zur Linkspartei gegangen.

In Berlin hat sich ein äußerst turbulenter Landesparteitag der WASG gegen ein weiteres Kooperationsabkommen mit der Linkspartei ausgesprochen. Zudem soll in einer Urabstimmung schon im Februar über die umstrittene Frage eines Wahlantritts mit der Linkspartei zur Abgeordnetenhauswahl 2006 entschieden werden. Eine Mehrheit für eine eigenständige Kandidatur gilt derzeit als sicher.

Die WASG-Bundesspitze, die den Landesverband zuvor aufgefordert hatte, dem Annäherungsprozess beider Parteien keine Steine in den Weg zu legen, wollte sich gestern noch nicht zu den Ergebnissen äußern und bei einer Telefonkonferenz zunächst die Lage beraten. Aus WASG-Kreisen hieß es jedoch, es seien keine Sanktionen gegen den Landesverband zu erwarten. Allerdings solle nun der politische Druck erhöht werden.

Bodo Ramelow, der Fusionsbeauftragte der Linkspartei, nannte das Berliner Ergebnis gestern ‚nicht schön‘ – es sei ‚aber auch kein Weltuntergang‘. Es hätten sich innerhalb der WASG offenbar jene durchgesetzt, ‚die nicht Partei werden, sondern basisorientierte Strömung bleiben wollen‘. Ramelow achte die Entscheidung der Berliner WASG-Basis. Der gestern neu gewählte Landesvorstand müsse sich nun entscheiden, wie die Gespräche mit der Linkspartei weiter gehen sollen. Der Prozess der Annäherung beider Parteien lasse sich nicht aufhalten, darin sei sich Ramelow mit dem WASG-Vorstand Klaus Ernst einig. Unterdessen haben Linkspartei und WASG in Sachsen angeboten, die Fusionsbemühungen bundesweit zu moderieren und so Konflikte zu entschärfen. Landeschefin Cornelia Ernst wurde am Samstag auf einem Parteitag in Chemnitz im Amt bestätigt.

Erklärung des Bundesvorstandes der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zum Landesparteitag der WASG Berlin:

Der Bundesvorstand bedauert die Entscheidungen der Delegierten des Berliner Landesparteitages der WASG, den Beschluss über die Form des Wahlantritts vor dem Bundesparteitag sowie vor den Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bereits Ende Februar zu treffen und das Kooperationsabkommen III zwischen Linkspartei.PDS und

WASG abzulehnen. Der Bundesvorstand der WASG ist wie der Landesverband der Auffassung, daß ein ‚Weiter so!‘ in Berlin nicht möglich ist. Die Politik der SPD/ Linkspartei-Regierung in Berlin birgt ein erhebliches Konfliktpotential für den Parteibildungsprozess.

Das bezieht sich zum einen auf die Rolle der Linkspartei im Senat, z.B. in bezug auf den aktuellen Tarifkonflikt der Charité, zum anderen auf die grundsätzlich zu klärende Frage, unter welchen Bedingungen eine Regierungsbeteiligung sinnvoll ist.

Der Bundesvorstand sieht allerdings die Gefahr, dass die bevorstehenden Wahlkämpfe mit der Entscheidung vom Wochenende, sowie deren möglichen Folgen, erschwert und behindert werden.

Ohne Not wurde in Berlin die Zeit für den Diskussions- und Klärungsprozess zwischen WASG und Linkspartei und dessen Auswertung verkürzt. Die Klärung offener Fragen und die Entwicklung neuer, gemeinsamer Positionen sind so erheblich erschwert.

Mit der verkürzten Debatte in Berlin soll die Bundespartei vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dies halten wir angesichts der Tragweite einer solchen Entscheidung für nicht akzeptabel. Die Frage, in welcher Form wir uns in Berlin an den Abgeordnetenhauswahlen beteiligen, ist von bundespolitischer Bedeutung, wie es auch die Wahlen 2004 in NRW waren. Damals hatten unsere Mitglieder die Möglichkeit, diese Frage auf einem Bundesparteitag zu diskutieren und zu entscheiden.

Die Debatte über das Kooperationsabkommen III wird auf dem Länderrat am 3./4. Dezember erfolgen. In der Ablehnung durch die Berliner Landespartei manifestieren sich Verdächtigungen und Unterstellungen, die wir zurückweisen.

Trotz aller Problematik des Vorgehens des Berliner Landesverbandes sieht der Bundesvorstand den Parteibildungsprozess nicht gefährdet.

Wir werden alles in unserer Kraft stehende tun, unseren Auftrag aus dem Urabstimmungsbeschluss vom Juli umzusetzen, den Prozess einer Neuformierung einer neuen politischen Kraft ergebnisoffen einzuleiten. Diesen Prozess werden wir im Sinne der bisherigen Kooperationsabkommen vorantreiben.

Der Bundesvorstand wird in den nächsten Wochen beraten, welche Konsequenzen aus den Beschlüssen zu ziehen sind und mit dem Landesvorstand in Gespräche eintreten.

Im Auftrag des Bundesvorstandes:

Murat Cakir, Klaus Ernst, Christine Buchholz

Stadtpolitischer Workshop in Hamburg. Wie schon im Wahlkampf vereinbart, haben WASG und Linkspartei.PDS am 25./26.11. einen ersten gemeinsamen stadtpolitischen Workshop durchgeführt, an dem sich auch Mitglieder u.a. der DKP und von Regenbogen sowie viele andere beteiligten.

Auf der Auftaktveranstaltung zum Thema „Linke Kritik und Antworten zur Senatspolitik“ mit ca. 120 Teilnehmenden formulierten Vertreter und Vertreterinnen von Gewerkschaften, der Sozialpolitischen Opposition, dem Hamburger Forum und von Mehr Demokratie ihre Erwartungen, Anforderungen und z.T. auch Kritik am Linksbündnis. Den zweiten Tag leiteten Joachim Bischoff für die WASG und Christiane Schneider für die Linkspartei.PDS mit Gesichtspunkten zur Kritik der Politik des Senats und seines Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ und grundsätzlichen Überlegungen zu alternativer Landespolitik ein; eine lebhaft, ungewohnt konstruktive Generaldebatte schloss sich an. Für den Nachmittag waren Arbeitsgruppen angesetzt zu den umfangreichen Themenkomplexen: Wirtschaft, Arbeit, Haushalt • Kinder, Jugend, Bildung, Hochschule, Berufsbildung • Gesundheit und Soziales • Raumordnung und Verkehr • Umwelt und Energie • Friedensstadt Hamburg • öffentliche Daseinsvorsorge und Privatisierung. An den gut vorbereiteten und sach- und ergebnisorientierten Arbeitsgruppen, die auch die Differenzen nicht ausklammerten, beteiligten sich ca. 140 Menschen, bei weitem nicht nur aus Linkspartei.PDS und WASG. Alle Arbeitsgruppen werden weiterarbeiten, sich z.T. untergliedern, weitere, in der ersten Planung noch fehlende Bereiche wie Wohnungspolitik wurden noch zugeordnet, und die ausgefallene Arbeitsgruppe „Interkulturelles Zusammenleben“ konstituierte sich noch nach der Veranstaltung. Die schriftlich vorliegenden Beiträge werden in einem „Reader“ veröffentlicht. Die Erarbeitung eines landespolitischen Konzepts der solidarischen und sozialen Metropole hat nach übereinstimmender Auffassung der Veranstalter einen kräftigen Impuls erhalten, im Prozess der Neuformierung der Linken haben sich mit den Arbeitsgruppen wichtige Arbeitsstrukturen gebildet. Die Zusammenarbeit von Linkspartei.PDS und WASG entwickelt sich in Hamburg überwiegend positiv, gemeinsame Sitzungen auf der Landesvorstandsebene ebenso wie in den Bezirken und von AGs, gemeinsame Erklärungen zu verschiedenen Fragen, gemeinsame Flugblätter sind inzwischen an der Tagesordnung. *Christiane Schneider*

Zusammenstellung: jöd

60 Jahre nach Nürnberg oder was machen die einstigen Kriegsverbrecher eigentlich heute so?

Die Generation der oberbefehlenden Wehrmachtsoffiziere dürfte inzwischen verstorben sein, doch die niedrigeren Offiziersgrade und die kämpfenden Verbände waren jünger. Einige der NS-Täter leben noch und manche erfreuen sich bester Gesundheit, wie der an Kriegsverbrechen in Italien Beteiligte ehemalige Angehörige der SS-Panzer Grenadierdivision „Reichsführer SS“, Gerhard Sommer.

Vor 60 Jahren, am 20. November 1945, begann der Prozess gegen 24 führende Repräsentanten des „1000-jährigen Reiches“. Die Anklage lautete auf Verschwörung und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit. Auf der Anklagebank saßen hochrangige Funktionsträger des NS-Staates, darunter die Reichsminister für Bewaffnung, Wirtschaft, Inneres und Äußeres und die Angehörigen der Obersten Heeresleitung.

In dem als „Nürnberger Prozess“ bekannt gewordenen Verfahren schilderten die alliierten Ankläger detailliert Kriegsverbrechen und Massenmorde wie die Geiselerchießungen in Oradour-sur-Glane oder das Vernichtungsprogramm in den Todeslagern von Majdanek und Auschwitz. In der Regel leugneten die Angeklagten die ihnen vorgehaltenen Verbrechen nicht, wollten davon aber nichts gewusst – und stets mit den besten Absichten gehandelt haben: Die Generale hatten nichts anderes als Befehle umgesetzt; die Admirale hatten das Gleiche wie andere Admirale getan; die Politiker hatten für das Vaterland gearbeitet, und die Finanzleute waren lediglich mit Geschäften befasst. Auf die vom Vorsitzenden Richter abschließend gestellte Frage, ob sie sich die Beschuldigten im Sinne der Anklage schuldig bekennen, antworteten alle: „Nicht schuldig“. Noch deutlicher wurde der ehemalige Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht: „Ich verstehe überhaupt nicht, warum ich angeklagt bin.“ Ähnlich auch der Chef des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht, Wilhelm Keitel: „Für einen Soldaten sind Befehle: Befehle.“ Und Joachim von Ribbentrop, Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten, Mitglied des politischen Stabes des Führers im Hauptquartier und General der SS, meinte: „Die Anklage richtet sich gegen die verkehrten Leute.“

Mit der Urteilsverkündung am 11. April 1949 ging der letzte der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zu Ende. Die genannten Generäle Ribbentrop und Keitel erteilte bereits im Hauptkriegsverbrecherverfahren die verdien-



Stuttgarter Staatsanwaltschaft verzögert die strafrechtliche Verfolgung von NS-Kriegsverbrechen

Gerhard Sommer, einer der in Italien wegen des Massakers von Sant'Anna verurteilten Kriegsverbrecher, lebt seit Anfang des Jahres in einer Seniorenwohnanlage in Hamburg-Volksdorf. Sommer bestreitet bis heute, Unrecht begangen zu haben. Erst durch die Presse erfuhren die Bewohner, Bewohnerinnen und Angestellten der Seniorenresidenz davon.

Nachdem in den vergangenen Monaten mehrfach Flugblätter verteilt worden waren, wurde am 26. November nachgelegt: 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchten die Altenresidenz in der Hamburger Randgemeinde und sorgten dort für gleichermaßen zustimmende wie empörte Reaktionen. In der Nacht zuvor waren Gedenktafeln an verschiedenen Stellen in der Einkaufspassage mit Schnellzement eingelassen worden. Und auch in den Redebeiträgen der Kundgebung, wie dem nachfolgend dokumentierten Beitrag der VVN-BdA, wurde insbesondere auf die

Empfindungen und Forderungen der überlebenden Opfer und Angehörigen Bezug genommen. Zudem wurden am Zaun der Altenresidenz, in der Gerhard Sommer lebt, vier Tafeln mit den 394 namentlich ermittelten Opfern des Massakers niedergelegt und das folgende Grußwort verlesen: „Vor 60 Jahren wollte der Nazifaschismus im kleinen Dorf von Sant' Anna di Stazzema eine Gemeinschaft zerstören, Alte, Frauen und Kinder; es wurde versucht, die Existenz von Hunderten von Menschen auszulöschen, aber einige von ihnen leben immer noch, und sie werden nie vergessen. Der Verband der ‚Opfer von Sant' Anna di Stazzema‘ arbeitet, um die Erinnerung daran lebendig zu halten, was wirklich geschah, und um für Wahrheit und Gerechtigkeit zu kämpfen. Wir bedanken uns von Herzen bei all den Leuten, die heute an der Demonstration in Hamburg teilnehmen, für die Solidarität mit unserem Kampf, und wir hoffen, dass in Kürze auch in Deutschland der Prozess gegen die Mörder eröffnet wird, so wie er uns vom deutschen Staatsanwalt aus Stuttgart versprochen wurde.“

te Todesstrafe – wobei der eingangs erwähnte Generalbevollmächtigte für die Kriegswirtschaft, Hjalmar Schacht, mit einem Freispruch davon kam. Zudem wurden die Gestapo und die NSDAP-Gliederungen als verbrecherische Organisationen verboten, und zuletzt stellte der Nürnberger Prozess den Versuch dar, den internationalen Bezie-

hungen friedlichere Standards einzuschreiben. Doch die guten Absichten allein, wie feierlich sie auch verkündet werden, konnten die unterlassenen Konsequenzen nicht ersetzen.

Der „Unfähigkeit zu trauern“, wie Alexander und Magarete Mitscherlich die gesellschaftliche Verdrängung nannten, wurde mit der Bagatellisie-

rung der Strafverfolgung für NS-Verbrechen Vorschub geleistet, und die lange Liste der Versäumnisse begann bereits mit den Urteilen in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Ausgesprochen wurden – einschließlich der zwölf Nachfolgeprozesse gegen Wehrmacht, Funktionseliten und Berufsgruppen wie der NS-Ärzteschaft oder der Juristen – 36 Todesurteile (davon 24 vollstreckt), 23 mal lebenslängliche Haft sowie 102 befristete Freiheitsstrafen. Die zu Freiheitsstrafen Verurteilten fielen unter den Gnadenerlass des US-Hochkommissars McCloy und wurden am 1. Februar 1951 aus der Haft entlassen.



Die ursprüngliche Absicht der Alliierten, weitere Verfahren vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu eröffnen, fiel dem Kalten Krieg, der Westbindung und der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zum Opfer. Die bundesdeutsche Justiz, an welche die weiteren Ermittlungen abgetreten wurden, sabotierte ihre erste und vornehmste Aufgabe. Allein die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main benötigte zehn geschlagene Jahre, bevor sie das Hauptverfahren im so genannten Auschwitzprozess eröffnete, um 1965 dann zu erklären, dass die Gerichte nur nachweisbare Verbrechen einzelner Täter verfolgen könnten, die Beweisführung aber nach so langen Zeiträumen schwierig sei. So steckte die Leugnung der eigenen Verantwortung nicht nur die Verteidigungslinie der NS-Eliten ab, sie prägte vielmehr die Sicht der gesamten Kriegsgeneration auf sich selbst: Aus dem Entlastungsargument, man habe von den ungeheuren Verbrechen nichts gewusst, erwuchs einer der beständigen Gründungsmythen Nachkriegsdeutschlands.

Auch im Jahr 2005 spricht man diesmal bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft von der „Schwierigkeit“, ausrei-

chende Beweise für die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen die am Massaker von Sant’ Anna di Stazzema Beteiligten zusammen zu bekommen. Nun sind seit dem Massaker mehr als 60 Jahre vergangen, aber Fakt ist auch, dass den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden seit 1951 Vernehmungsprotokolle und Zeugenaussagen über das Massaker in St’ Anna im Zusammenhang eines in Italien geführten Prozesses vorliegen.¹

Dabei ist die Untätigkeit der Ermittlungsbehörden bei NS-Verfahren die Regel, und den Überlebenden und ihren Angehörigen in Marzabotto, Oradur oder Kragujevac erging es nicht besser!

Überall waren Frauen, Kinder und alte Männer Opfer der Vergeltungsaktionen. Alle Massaker wurden mit besonderer Grausamkeit und unter Beteiligung großer Kontingente und Befehlsketten von Wehrmachts- und SS-Angehörigen durchgeführt, und in allen Fällen blieben die verantwortlichen Befehlsggeber und die sie ausführenden Täter ungeschoren. Während man in Italien noch besondere Gründe anführen könnte – die belasteten Ermittlungsakten wurden im „Schrank der Schande“ versteckt und waren aus Rücksichtnahme mit den einstigen Kriegsverbündeten und folgendem NATO-Partner verschollen –, zeigt sich spätestens beim ehemaligen Kriegsgegner und späteren Verbündeten Frankreich, dass die Versäumnisse System hatten.

Von den Hunderten an Kriegsverbrechen in Frankreich wurden 1980 bis zum heutigen Tag lediglich drei² Täter von deutschen Gerichten verurteilt; und das auch erst nach massiven Protesten in der französischen Öffentlichkeit. Höhere Vorgesetzte wie der SS- und Polizeiführer Oberg, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Knochen oder der Botschafter Albez – alle in Paris zu Tode verurteilt – waren bereits 1963 nach Inter-

vention der Bundesregierung nach Deutschland entlassen worden. „Da die meisten Beschuldigten in der Bundesrepublik niemals vor Gericht gestellt und verurteilt wurden, verschwand das Geschehen selbst aus dem öffentlichen Gedächtnis“, resümierte Ahlrich Meyer, Historiker und internationaler Experte für deutsche Kriegsverbrechen in Frankreich in einer soeben erschienenen Veröffentlichung.³

Anhand der Auswertung mehrerer hundert Verhörprotokolle westdeutscher Staatsanwälte sieht Meyer ein „offensichtlich abgestimmtes Schema“ am Werke, das er in etwa so beschreibt: Von der Vernichtung der Juden im Osten hätten die Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen erst nach dem Kriegsende aus der Presse erfahren. Nicht sie selbst, sondern andere Verstorbene oder Dienststellen hätten die Deportationen organisiert. Der Ausrede, „die in eklatantem Widerspruch zu den dokumentierten Fakten standen“, folgten die Staatsanwaltschaften in der Regel mit der Einstellung der Verfahren. Zusätzlich finanzierte eine Behörde im Auswärtigen Amt Adenauer-Deutschlands, die „zentrale Rechtsschutzstelle“, angeklagten Kriegsverbrechern Rechtsanwälte und recherchierte den Verbleib von Entlastungszeugen. Die eigens zur Entlastung von Kriegsverbrechern geschaffene Dienststelle unterstand dem Auswärtigen Amt und wurde, welch ein Zufall, von einem ehemaligen Mitarbeiter der Gruppe Justiz der NS-Militärverwaltung, Dr. Rudolf Thierfelder, geleitet.

Ohne die Geschichte systematisch hintertriebener Strafvereitelung für NS-Täter bleibt die Kampagne für die sofortige Anklageerhebung gegen Gerhard Sommer, Karl Gropler und die noch lebenden Tatbeteiligten im Jahre 2005 unverständlich. Hier muss, wie im Fall der Bundesstiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter oder des Holocaustmahnmals, (außen-)politischer Druck aufgebaut werden, wenn zu Lebzeiten der Überlebenden noch etwas passieren soll, zumal auch die Tatbeteiligten inzwischen hoch betagt sind. Appelle für Nachsicht und Vergebung klingen erst einmal gut und irgendwie menschlich, haben jedoch den entscheidenden Haken, dass den Überlebenden und ihren Angehörigen erneut und endgültig die öffentliche Anteilnahme und juristische Genugtuung versagt bleibt.

Wolfram Siede

1 Rolf Suhrmann: Justizieller Täterschutz, in: konkret: 08/2005

2 Kurt Heiler: Tulle 1944: Auf den Spuren eines Deutschen Kriegsverbrechers, in: antifa – Magazin für antifaschistische Politik und Kultur November/Dezember 2005

3 Ahlrich Meyer: Täter im Verhör. Die „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich 1942 – 1944, Wissenschaftliche Buchgemeinschaft, Darmstadt, 2005, Euro 79.-

Solidarische Lohnpolitik in Europa

Die Schrift wurde von Thorsten Schulten als Dissertation verfasst und erschien 2004 im VSA-Verlag. Ausgangspunkt der Untersuchung ist der Befund, dass sich die gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik in der Krise befindet. Stichworte hierzu, denen in dem Buch dann auch empirisch nachgegangen wird: Die Erosion des Flächentarifvertrages, ein Rückgang der Lohnquote, wachsende Lohndifferenzierung und ein stetig zunehmender Niedriglohnssektor. Die wesentliche Ursache für diese Entwicklung wird vom Autor in einem Zurücktreten des gewerkschaftlichen Leitbildes gesehen, das gewissermaßen eine „Moralische Ökonomie“ repräsentiert und sich in dem Konzept einer „solidarischen Lohnpolitik“ manifestierte, gegenüber einer heute herrschenden neoklassischen Wirtschafts-ideologie, in deren Lohntheorie Löhne lediglich als Arbeitskosten begriffen werden. (S. 225)

Das ausgewiesene Ziel der Untersuchung ist, Wege einer Rekonstruktion solidarischer Lohnpolitik auszuloten, die jedoch nur im europäischen Maßstab möglich seien. Hier liegt, im Zusammenhang mit der Wertung der aktuellen Defensive als im Wesentlichen ideologische (Hegemonie der Neoklassik), auch die Schwäche der Publikation. In der Auseinandersetzung mit den lohntheoretischen Implikationen verschiedener Theorierichtungen wird keine sorgfältige Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Erklärungsansätzen vorgenommen.

Dies zeigt sich vor allem im ersten Teil des Buches (Kapitel 1–4), in dem Grundannahmen der verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Schulen referiert werden. Eine Konfrontation mit Anwendungsfällen oder empirischen Daten findet nicht statt. Dadurch entsteht die Schwierigkeit, eventuelle Erklärungsansätze nicht zur Kenntnis zu nehmen, die jedoch zur Überwindung der Defensive gewerkschaftlicher Lohnpolitik aufgenommen werden müssten. Der Autor wiederholt damit unter umgekehrten Vorzeichen, was er dem neoklassischen Ansatz vorwirft. „Im Zentrum der Kritik steht zunächst die im Rahmen der neoklassischen Paradigmas gewählte Ausgangsprämisse, durch die moralische, soziale und politische Aspekte bei der Entlohnung und Einkommensverteilung von vornherein ausgeschlossen bzw. als letztlich irrelevant angesehen werden.“ (S. 55)

Dabei wäre eine intensive Beschäftigung hinsichtlich der in dem Buch hoch gewichteten Frage, wie die in den letzten Dekaden wieder zunehmende Lohn-

spreizung zurückgedrängt werden kann, sehr wichtig. Es ist in diesem Zusammenhang eventuell lohnenswert, sich parallel mit dem Buch „Einkommensreichtum und seine Ursachen von Dierk Hirschel zu befassen (Metropolis-Verlag, Marburg 2004), das zu diesem Gegenstand aktuelle wirtschaftstheoretische Modelle vorstellt.

Die Kapitel 5 bis 9 zeichnen die gewerkschaftlichen Ansätze einer solidarischen, auf Umverteilung gerichteten Lohnpolitik nach. Vorgestellt werden dabei die in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts aus den USA übernommene „Theorie hoher Löhne“ und die in Schweden konzipierte „Solidarische Lohnpolitik“. Seit den 80er Jahren sei eine auf Umverteilung und am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnpolitik in die Krise geraten. „Das in der Nachkriegsperiode hegemoniale gewerkschaftliche Leitbild einer solidarischen Lohnpolitik wird in den letzten beiden Dekaden des 20. Jahrhunderts zunehmend durch ein neues neoliberales Leitbild einer wettbewerbsorientierten Lohnpolitik abgelöst.“ (S. 225) Die Hintergründe dieser Entwicklung werden im Kapitel 9 unter den Stichworten „politisch-ideologische Hegemonie des Neoliberalismus“, Globalisierung, Krise des fordistischen Regulationsmodells und wachsender Dienstleistungssektor sowie Bedeutungszuwachs der europäischen Ebene eher gestreift.

In den Kapiteln 6 bis 8 und 10 bis 12 werden grob die institutionelle Verfassung der Lohnpolitik in den verschiedenen Ländern schematisiert, die Krise der gewerkschaftlichen Organisation und Durchsetzungsmacht dargestellt, Daten zur Lohnentwicklung und Lohndifferenzierung und -spreizung („Verteilung in der Klasse“) geliefert, sowie ein Aufriss korporatistischer Strukturen auf nationaler und vor allem europäischer Ebene gegeben, wobei das Kapitel 11 detailliert die gewerkschaftlichen Koordinierungsansätze auf europäischer Ebene referiert.

Seine Einschätzungen zu diesen Punkten nimmt der Autor zum Anlass, „nach neuen Wegen und Ansätzen einer autonomen transnationalen Gewerkschaftskooperation jenseits korporatistischer Strukturen zu suchen“. Es ginge dabei in einem ersten Schritt darum, sich aus einer Situation zu lösen, in der sich die europäischen Gewerkschaften vor allem als innerhalb der EU agierendes Lobbysystem (plus Sozialer Dialog) konstituiert hätten. Für eine erfolgreiche europäische Tarifpolitik müssten Gewerkschaften auch soziale Bewegung und Durchsetzungsmacht werden.

Fazit: Insgesamt wirkt die Arbeit überfrachtet. Viele Gegenstände werden angerissen, der Platz für eine gründliche Beschäftigung fehlt aber, und dann schleichen sich Ungenauigkeiten bei

den Urteilen ein (Gewerkschaften in Frankreich; einkommenstheoretische Ansätze der Neoklassik; Darstellung der Tarifvertragsstrukturen in den europäischen Ländern; Interpretation von Daten; oder wenn gewissermaßen im Vorbeigehen eine Auseinandersetzung mit dem durch Anthony Giddens ausgelösten sozialdemokratischen Gerechtigkeitsdiskurs [S. 228–231] versucht wird.) Gleichwohl bietet das Buch eine Fülle von Gesichtspunkten, Informationen und Daten zur europäischen Lohnstruktur, gewerkschaftlichen Diskussionen und wirtschaftswissenschaftlichen Grundannahmen und ist damit eine interessante Publikation. *rog*

Thorsten Schulten: Solidarische Lohnpolitik in Europa – Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften; VSA-Verlag 2004

Korrektur und Ergänzung

Zum Beitrag „Tarifpolitische Konferenz des IMB und wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in Europa“ (Politische Berichte Nr. 23, S.18–23)

Auf Seite 18 des Beitrages wurde versehentlich zweimal die Graphik „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards 2002“ abgebildet. Dafür war die Abbildung über die Reallohnentwicklung von 1995 bis 2004 entfallen, die wir jetzt auf der folgenden Seite abbilden. Die Graphik zeigt anschaulich zwei Momente. Eines ist das einer echten Aufholbewegung in den osteuropäischen Ländern, die sich auch in den in der letzten Nummer der Politischen Berichte dokumentierten Kaufkraftstandards ausdrückt. Gleichwohl sind die Differenzen zu den Kernen der europäischen Industrieregion weiter so groß, dass Verlagerungen für viele Unternehmen Sinn machen. Ein weiteres Moment ist die Entwicklung zwischen verschiedenen europäischen Ländern wie der BRD oder Österreich auf der einen und England oder Irland auf der anderen Seite. Wer hätte der irischen Ökonomie, fernab der europäischen Industriebane, eine solche Entwicklung zuge-
traut, die zum zweithöchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf geführt hat? Und auch England hat trotz jahrelangem Thatcherismus seit Mitte der 90er Jahre unter Labour eine Reallohnsteigerung zu verzeichnen, die in keinem der anderen größeren EU-Staaten erreicht wurde.

Ferner wurden in dem Beitrag auf S. 23 zwei Graphiken abgebildet, für deren Verständnis verschiedene Daten fehlten.

In der Erläuterung zu den Boxplots war der waagerechte Strich in der rechtwinkligen Box als „Mittelwert/Median“ bezeichnet. Es handelt sich tatsächlich

um den Median, der die Stelle in einer Verteilung angibt, unterhalb derer sich genau 50% aller erhobenen Fälle finden. Der Mittelwert würde hingegen den Durchschnittsverdienst aller erhobenen Fälle darstellen.

Für die Abbildung „A Ländervergleiche“ ergänzen wir untenstehend die amtlichen englischen Codes für die dargestellten Länder.

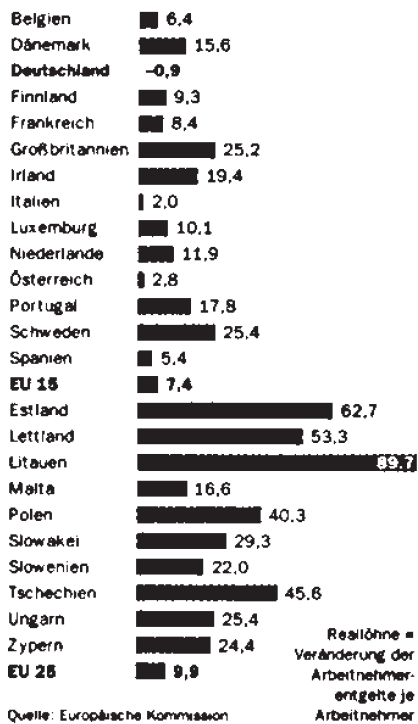
Ebenso fehlte die Beschreibung der Codes für die Industriezweige, die in der Abbildung b) dargestellt waren. Die unten aufgeführten Codes entsprechen den Definitionen der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE).

Die Bildunterschrift zur Abbildung a) besagt, dass die jeweiligen nationalen Maximalwerte, also die höchsten Verdienste im Abschnitt J, den Kreditinstituten und Versicherungen gezahlt werden. In den Klammern finden sich die Ausnahmen. Z. B. werden in Dänemark, den Niederlanden und Norwegen die höchsten Löhne im Bereich Bergbau und Steine und Erden (Abschnitt C) gezahlt.

Amtliche englische Codes für die in der Veröffentlichung berücksichtigten Länder: BE Belgien; CZ Tschechische Republik; DK Dänemark; DE Deutschland; EE Estland; EL Griechenland; ES

Reallöhne

Steigerung 1995 bis 2004 in Prozent



Spanien; FR Frankreich; IE Irland; IT Italien; CY Zypern; LV Lettland; LT Litauen; LU Luxemburg; HU Ungarn; NL

Niederlande; AT Österreich; PL Polen; PT Portugal; SI Slowenien; SK Slowakei; FI Finnland; SE Schweden; UK Vereinigtes Königreich. BG Bulgarien; RO Rumänien; IS Island; NO Norwegen;

Folgend die Codes für die in der Abbildung B dargestellten Wirtschaftszweige:

- C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- J Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung)
- D Herstellung von Waren
- K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Leistungen
- E Energie- und Wasserversorgung
- L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
- F Bau
- M Erziehung und Unterricht
- G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
- N Gesundheits- Veterinär und Sozialwesen
- H Beherbergungs- und Gaststätten
- O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen
- I Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Rezensiert: Jung Chang, Jon Halliday: Mao. Das Leben eines Mannes. Das Schicksal eines Volkes

Ein hasserfülltes Pamphlet, das zu lesen nicht lohnt

Adolf Hitler und das NS-Regime waren in punkto Massenmord Anfänger, und der Holocaust – na ja, es gab Schlimmeres.

Nicht wörtlich, aber inhaltlich geht es solos in dem hier behandelten Buch. Der erste Satz des Buches enthält auch gleich die Kernthese der dann folgenden 945 Seiten: „Mao Tse-Tung, der jahrzehntelang absolute Macht ausübte über das Leben eines Viertels der Weltbevölkerung, war verantwortlich für 70 Millionen Tote in Friedenszeiten – kein anderer politischer Führer des 20. Jahrhunderts reicht hier an ihn heran.“

Anfang Oktober hat der Bertelsmann-Konzern das Werk von Jung Chang und Jon Halliday auch in Deutschland auf den Markt geworfen – nicht ohne es vorher in seinen Blättern wie dem „Stern“ ausführlich feiern zu lassen. Titelgeschichten im Stern und im Spiegel wurden damit gefüllt. Der „Spiegel“ schrieb: „Nun ist eine Biografie über den ‚Großen Steuermann‘ auf den Markt gekommen, der zuzutrauen ist,

was Historiker seit Jahren vergebens versuchen: den Mao-Mythos ein für alle Mal zu zertrümmern“. Die „Berliner Zeitung“ kündigte ebenfalls die Zerstörung der „Legende vom großen Mao“ an (8./9. Oktober). „Die Historiker Jung Chang und Jon Halliday haben eine Legende demontiert“, meldete auch der „Rheinische Merkur“. Die Londoner „Times“ nannte es eine „Bombenüberraschung“, und die „Welt“ schrieb: „Die eigentliche Sensation des Buches liegt in der Art, wie es Stück für Stück die heroischen Mythen von Maos Weg nach oben demontiert.“ Hier wird ein Mythos zerstört, war die allgemeine Devise. Dass der älter werdende Mao irgendwann reihenweise Jungfrauen in sein Bett befahl, diese schon vor Jahren in einem US-Werk verbreitete Geschichte seines angeblichen Leibarztes durfte natürlich nicht fehlen.

Die Kalkulation, mit dem Buch weltweit Furore zu machen, hatte auch eine Vorgeschichte. Das erste Werk von Jung Chang, ihr biografisches Werk „Wilde Schwäne“, war vor Jahren in 30 Sprachen übersetzt und zehn Millionen Mal verkauft worden.

Inzwischen sind knapp zwei Monate ins Land gegangen. Die Aufregung der „Mythos-Zertrümmerer“ hat sich gelegt. Auf der Spiegel-Bestsellerliste liegt das Buch auf Platz 15. Geschäftlich nennt man so etwas wohl einen „Flop“.

Trotzdem soll hier auf das Buch eingegangen werden. Nicht, um den „Mythos Mao“ vor Verunreinigung zu schützen. Wenn es um die Zerstörung von Mythen, um die Widerlegung falscher Legenden, um die Kritik an Personenkult und ähnlichem geht, haben Linke keinen Grund, anti-aufklärerisch zu werden, Personenkult zu rechtfertigen, Mythologie zu verteidigen. Und ganz sicher hat die Geschichte der chinesischen Revolution, der KP Chinas und damit auch Mao Tse-Tungs auch ihre dunklen, unschönen Kapitel.

Dennoch steht fest: Vor der Ausrufung der Volksrepublik China im Jahre 1949 gehörten Hunger, Opium, Überschwemmungen, Seuchen, Bauernelend und schlimmste soziale Not auch in den Städten, Kinderarbeit, gebundene Füße, Prostitution und dergleichen zum gesellschaftlichen Alltag in China. All das taucht in dem Buch von Jung Chang noch nicht einmal am Rande auf, es interessiert die Autorin und ihren Mann offenbar schlicht nicht.

„In den 58 Kapiteln des Buches werden maßgebliche Ereignisse und Entwicklungen der Jahrzehnte zwischen dem politischen Aufstieg Maos nach 1928 bis zu dessen Tod 1976 auf Kalküle, Intrigen oder geheime Weisungen Maos zurückgeführt. Aufstände, Kriegshandlungen, politische Morde, Folterungen, öffentliche Hinrichtungen, Terrorkampagnen, Hungersnöte –

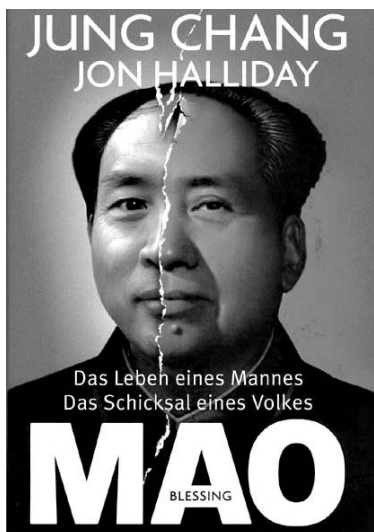
Mao war aus der Sicht der Autoren fast immer direkt oder indirekt beteiligt. Die kommunistische Revolution in China erscheint nach der Lektüre dieses Buches als eine große, wilde Verschwörungsgeschichte mit Stalin und Mao als übermächtigen Strippenziehern ... Selbst der militärische Vorstoß Japans auf Schanghai 1937 wird als Ergebnis einer Verschwörung kommunistischer Agenten dargelegt, die im Interesse Stalins die japanische Militärmacht von den Grenzen der Sowjetunion weg in den Süden Chinas lockten. Solche Verschwörungstheorien sind unterhaltsam, erscheinen aufgrund der dürren Quellenbasis und bereits vorliegender seriöser historischer Studien aber unhaltbar.“

Das schreibt Sebastian Heilmann von der Harvard University in den USA, selbst ein heftiger Gegner und Kritiker Maos. „Dieses Buch ist keine Biografie, sondern eine Anklageschrift“, ist sein Fazit, und: „Wer begreifen will, wie die Diktatur Mao Zedongs möglich wurde und wie sie wirklich funktionierte, der sollte seine Finger von dem Buch lassen.“

Dem kann sich der Rezensent nur anschließen. Selbst böse Streitschriften haben ja manchmal die Nebenseite, dass der Leser wenigstens am Rande etwas Neues und Interessantes erfährt. Das ist bei diesem Buch nicht der Fall. Es lohnt nicht, es ist nur ärgerlich. Wer etwas über die Geschichte Chinas lesen will, und sei es aus konservativer oder westlicher Sicht, sollte sich andere Quellen besorgen.

Bleibt am Ende die Frage: Warum erschienen dann solche Rezensionen, Titelgeschichten in Stern, Spiegel und dergleichen? Bastelt da jemand am Ende gar nicht an einer Zertrümmerung von Mythen, sondern an einer Neuauf-
riil

lage – nämlich des Mythos von der „gelben Gefahr“?
Jung Chang, Jon Halliday. Mao. Das Leben eines Mannes. Das Schicksal eines Volkes. 945 Seiten, Karl Blessing Verlag, 2005. 34 Euro.



Geschichtsschreibung á la Jung Chang

„Der Stützpunkt Rujin, Sitz des ersten kommunistischen Staates, setzte sich aus Teilen der Provinzen Jiangxi und Fujian zusammen. Diese beiden Provinzen erlitten von 1931, dem Jahr, in dem der kommunistische Staat gegründet wurden, bis zum Abzug der Kommunisten 1945 den größten Bevölkerungsrückgang in ganz China. Die Bevölkerung des Jiangxi-Sowjets sank um über eine halbe Million – ein Rückgang um 20 Prozent. Ähnlich verhielt es sich im Fujian-Sowjet. Wenn man davon ausgeht, dass nur wenigen die Flucht gelang, starben insgesamt etwa 700.000 Menschen. Sie wurden als ‚Klassenfeinde‘ hingerichtet, kamen bei der Zwangsarbeit um, begingen Selbstmord oder kamen auf andere Weise durch das Regime frühzeitig zu Tode. Die Zahl der Kriegsoffer betrug weniger als die Hälfte.“ (S. 149/150)

So beschreibt „Wikipedia“ diese Zeit

„Im Süden Chinas war 1921 (in Schanghai) die Kommunistische Partei Chinas gegründet worden, die 1924 eine Einheitsfront und 1925 eine gemeinsame Gegenregierung mit den Kuomintang in Kanton geschlossen hatte. Gemeinsam begannen sie den Nordfeldzug, doch schon 1927 löste Kuomintang-Chef Chiang Kai-shek die Regierung auf und übersiedelte nach Nanking. Kommunisten und linke Kuomintang bildeten eine Gegenregierung in Wuhan, die von Chiang beseitigt wurde. Seine rechten Kuomintang verübten Massaker unter KP-Anhängern in Nanking und Schanghai sowie schlugen Aufstände der Kommunisten in Nanchang und Kanton nieder.

Die Kommunisten befreiten daraufhin ab 1927 fünfzehn Gebiete in Süd- und Mittelchina (Hunan, Fukien) und errichteten in Kiangsi (seit 1929) eine Chinesische Sowjetrepublik (1931). Vier Großangriffe der Kuomintang-Truppen konnten die Kommunisten 1930-34 abwehren, vor dem fünften wichen sie im „Langen Marsch“ 1934/35 nach Nordwestchina aus, in deren Ergebnis Mao Zedong KP-Chef wurde und in (Yenan) Nord-Schaanxi eine neue Sowjetrepublik.“ (entnommen aus: www.wikipedia.de)

Eine etwas andere Geschichte von Egon Erwin Kisch

Schon der schlichte Abgleich mit Wikipedia zeigt: Die Geschichtsmalerei von Jung Chang verschweigt gleich vier militärische Großangriffe der Kuomintang-Truppen auf die von der KP China kontrollierten Gebiete Anfang der 30er Jahre. Nicht nur Kuomin-

tang-Truppen waren daran beteiligt. Auch Kriegsschiffe und Einheiten anderer Mächte machten fröhlich mit bei der „Ausrottung der roten Banditen“, wie man zu sagen pflegte. Hier ein Auszug aus dem Buch von Egon Erwin Kisch, „China geheim“:

„Ein englisches, ein amerikanisches, drei japanische und ein italienisches Kanonenboot segelten im September 1930 zur Eroberung von Tschang-sha in schöner Gemeinschaft los; alle Gegensätze sind schnell vergessen, wenn Amerika, Japan (mit drei Schiffen), England und Italien die „Reaktion“ niederwerfen wollen. Die Landungstruppen von „H.M.S. Aphis“, „U.S.S. Palos“, „H.I.J.M.S. Atami“, „Futami“ und „Kutama“ und „S.M.R. d'I. Carlotta“ häuften Gräuel auf Gräuel, deren sie sich selbst rühmten und hervorhoben, dass „insbesondere Commander Tisdale von der ‚Palos‘ den blutdürstigen, russlandinspirierten Horden eine Dosis ihrer eigenen Medizin gegeben.“ („Chinas Weekly Review“, 6. Sept. 1930).

Trotz dieser Dosis vergrößerten die Sowjets ihre Gebiete, die schon damals von mehr als 50 Millionen Menschen bewohnt waren. Trotz dieser Dosis? Wegen dieser Dosis! Dass die Kuomintang für ihre Interessen fremde Mächte gegen China losziehen ließ, erregte auch die indifferenten Bauern außerhalb dieser Sowjetdistrikte.

So ging es also nicht noch ein zweites Mal. Die Nankingregierung musste selbst zeigen, was sie kann. Mit 15 Divisionen begann im Februar 1931 unter persönlicher Leitung Sr. Exzellenz des Kriegsministers Ho Ying-ching die „Ausrottungskampagne gegen die Roten“ der Provinz Kiangsi. Im Juni kam ihm der Gottsörberste zu Hilfe, Tschiang Kai-shek befahl 300.000 Mann. Nie vorher war ein solcher Heerbann gegen eine einzige Provinz aufgeboden worden.

Eine Ausrottungskampagne ohne Anführungsstriche. Ausgerottet wurden die Dörfer, ausgerottet die darin zurückgebliebenen Greise und Kinder, ausgerottet das Vieh und die Ernte. Das einzige, was nicht ausgerottet werden konnte, waren die Roten. Von den Bauern, die die Rote Armee bilden, hatte höchstens jeder dritte ein Gewehr, und auf jedes Gewehr kamen lediglich zwei Patronen; so bewaffnet führten sie sechs Monate lang den Guerillakrieg gegen eine Armee mit 256 Feldgeschützen, 12 Flugzeugen, Maschinengewehren und ausländischen Spezialisten der Strategie.“ (Egon Erwin Kisch, *China geheim*, Büchergilde Gutenberg, Seite 144f.)

2. bis 4. Dezember. Kassel. *Friedenspolitischer Ratschlag: Neue Kriege in Sicht?* Näheres: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/

8./9. Dezember. Karlsruhe. *Innenministerkonferenz.* Aktionen gegen Abschiebungen und für Bleiberecht: Demonstration ab 16 Uhr, Platz der Grundrechte.

10./11. Dezember. Dresden. *3. Tagung des 9. Parteitags der Linkspartei.PDS.* „Die Bundesrepublik nach der Wahl und die Herausforderungen für die politische Linke“, Statutänderung Doppelmitgliedschaft, Kommunalpolitische Leitlinien.

14. Januar. Straßburg. *Europäische Demonstration gegen die Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie)* vor dem Europäischen Parlament. Infos/Details: www.attac.de/bolkestein.

24. bis 29. Januar. *Sechstes Weltsozialforum.* Zum ersten Mal wird es allerdings nicht ein zentrales Forum geben, sondern drei Teilforen in verschiedenen Kontinenten. Ein Treffen findet in Bamako (Mali/Afrika) statt, eines in Karachi (Pakistan/Asien) und das dritte in Caracas (Venezuela/Amerika).

Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen?
 Meurde-Mäker, Obens, Volkmann (Hrsg.)

Meinhard Meurde-Mäker, Hartmut Obens, Rainer Volkmann (Hrsg.)

Hamburg:

Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen?



Sonderheft der Hamburger Skripte (Nr. 11)

Der Hamburger Senat setzt mit dem „Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ auf die Förderung so genannter Kompetenz-Cluster wie Life Sciences, IT / Medien, Luftfahrtindustrie, Hafen / Logistik und den China-Handel. So soll die „Konkurrenz der Städte und Regionen um Investitionen und Arbeitsplätze“ gewonnen werden. Rainer Volkmann stellt das Konzept „Wachsende Stadt“ näher vor und geht den Fragen nach, inwieweit es sich von anderen Konzepten zur Hamburger Regionalpolitik unterscheidet, welche möglichen Folgen für Wachstum und Beschäftigung zu erwarten sind und welche Funktion die Theorie des Clusters hat. In den weiteren Beiträgen (Karl-Rainer Fabig, Holger Artus, Bernt Kamin, Bernd Niklas) stellen kenntnisreiche Praktiker die so genannten Kompetenzcluster vor und untersuchen Art, Umfang und Perspektiven dortiger Beschäftigungsentwicklung. Wolfgang Rose unterbreitet Vorschläge zu einem wachstums- und beschäftigungspolitischen Alternativkonzept.

120 Seiten, 6,90 Euro. Bestellung bei: GNN, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. Tel: 040-43 18 88 20, email: gnn-hhsh@hansenet.de.

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, werden doch in den Städten jeweils zehntausende Aktivistinnen und Aktivisten aus den verschiedensten Teilen der sozialen Bewegungen erwartet. TeilnehmerInnen, Organisationen, HelferInnen und JournalistInnen werden aufgefordert, sich für Aktivitäten zu registrieren (www.wsf2006.org). Aus verschiedenen Kritiken heraus finden außerdem zwei Alternativforen in Venezuela statt.

3. bis 5. Februar. München. *Protestaktionen gegen Sicherheitskonferenz.* Näheres siehe www.friedenskonferenz.info

4./5. März. Mannheim. *Bundesdelegiertenkonferenz der WASG.*

Zum Vormerken:

Linke Winterschule vom 5. bis 8. Januar in Sondershausen / Thüringen

Kurs Wirtschaft: Arbeitsvertrag und Lebensqualität

Kurs Philosophie/Soziologie: Wohlfahrtsstaat – Subsidiarität oder Alimentation

Kurs Geschichte: Antifaschistisch-demokratischer Neuanfang 1945 und danach

Eine ausführlichere Ankündigung veröffentlichen wir in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte

Jahreskonferenz Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

am 8./9. April („Palmsonntag“) 2006 in Frankfurt/Main

Thema: Soziale Bewegungen (Mindestlohn, Arbeitszeit) in Europa und ihre Ergebnisse

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
2007	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Landtag	17.9.	5 Jahre
	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de